

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

260 (9.11.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restans-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zahlungsplans, bei geschäftlicher Betreibung und bei Kontouränderung Krell tritt in Geltung. Preis und Geschäftsbedingungen sind in der Anzeigen-Karte Nr. 12 im Verlagsbüro und Geschäftsamt 10 Karlsruhe i. B. o. S. 1000/1001 zu erlangen. 1000/1001

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandel / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jung / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2.20 Mark o. ohne Inflation 1.90 Mark o. Durch die Post 2.40 Mark o. Einzelposten 10 Pfennig o. Geschäftliche und Redaktionen: Karlsruhe i. B. Weidstraße 28 o. Journal 7020 und 7021 o. Volksfreund-Filiale: Durlach, Hauptstraße 9. D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 260

Karlsruhe, Montag, den 9. November 1931

51. Jahrgang

Präsident Klepper preußischer Finanzminister

WTB. Berlin, 7. Nov. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat auf Grund des Artikels 45 der preussischen Verfassung den Präsidenten der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse, (Preußenkasse) Gtto Klepper, zum Finanzminister ernannt.

Der neue preussische Finanzminister ist am 17. August 1888 in Broderode (Kreis Schmalkalden) geboren, steht also im 43. Lebensjahre. Nach Ablegung der juristischen Staatsprüfung wurde er 1921 Syndikus des Reformbundes der Gutsböden in Bad Nauheim. Mitte 1923 übernahm er das Amt eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Domänenverbandes, um später nach Gründung der Deutschen Domänen-Bank (Deutsche Fächter-Kreditbank), an der er mitgewirkt hatte, im Oktober 1924 Vorsitzender des Vorstandes dieses Institutes zu werden. Wie berichtet wird, ist Klepper unabhängig von parteipolitischen Bindungen und wiederholt gegen die verlebte und einseitig agrarische Subventionspolitik aufgetreten und hat sich dafür, einseitig, der deutschen Landwirtschaft in erster Linie dadurch zu helfen, daß man ihr die Strukturumwandlung zum extensiven Körnerbau zur intensiven bäuerlichen Familienwirtschaft nach Möglichkeit erleichtere.

Unsinnige Gerüchte

Eine Korrespondenz verbreitet die Mitteilung, daß im Ruhrgebiet im Einverständnis mit dem Reichswehr- und Innenminister an Stelle der Reichswehr gegebenenfalls die nationalsozialistische SA zu Polizeizwecken Verwendung finden soll, und daß das Preussische Innenministerium über diesen Stand der Dinge amtlich unterrichtet worden sei. Hierzu wird dem Amtlichen Preussischen Pressedienst aus dem Preussischen Ministerium des Innern mitgeteilt, daß die Nachricht in jeder Beziehung völlig frei erfunden ist. Politische Aufgaben sind einsig und allein der zuständigen Polizei übertragen und werden von ihr wahrgenommen.

Wildwestzustände in Deutschland

Neumünster, 7. Nov. (Eig. Bericht.) Die hiesige Naziführerschaft ist zu einer Gefahr für die ganze Stadt geworden. Die mit schmerzlichen Banden bewaffneten SA-Gruppen unternehmen planmäßige Überfälle auf Straßenspartanen und, da sich die Führer der Kommunisten und Nationalsozialisten einander auf kennen, — sie waren bis vor gar nicht allzu langer Zeit zusammen in einer Partei — sind Schlägereien zwischen den beiden Gruppen an der Tagesordnung. Die städtische Polizei scheint nicht in der Lage zu sein, dem Treiben ein Ende machen zu können, weshalb in der Bevölkerung immer lauter nach einem Kommando der staatlichen Polizei gerufen wird. Das letzte Opfer der Nazi war ein Arbeiter, der 10 SA-Gruppen überfiel und solange schlugen, bis er bewusstlos liegen blieb. Als dann die Banditen zu ihrer Kaserne zurückkehrten, besetzten sie ein zweites Haus, der gerade auf dem Ausmarsch begriffen war. Einer von den Schlägern schrie ihnen zu: „Er ist tot!“, worauf die Nazis in ein lautes Gelächter ausbrachen.

Königsberg, 8. Nov. Die NSDAP veranstaltete heute nachmittags in der Reitbahn des Lattenrings eine Fahnenweihe, an der mehrere hundert uniformierte Nationalsozialisten teilnahmen. Ein großes Aufgebot an Schutzpolizei verhaftete sämtliche uniformierten Nationalsozialisten. Sie wurden in einer langen Kette von Kasernen ins das Polizeipräsidium gebracht. Soweit die Parteimitglieder einwandfrei feststellbar waren, wurden die Verhafteten wieder freigelassen.

Nazis schießen auf Reichsbannermann

Berlin, 8. Nov. (Kundendienst.) In der Nacht zum Sonntag wurde in Berlin am Bundesratsufer ein 27-jähriger Reichsbannermann von Nationalsozialisten angeschossen und schwer verletzt. Die Täter sind flüchtig.

Nazi ermordet Kommunist

Wittenberg, 9. Nov. (Kundendienst.) Am Sonntag wurde in Wittenberg ein Kommunist von einem Nationalsozialisten mit einem lebenden Messer in den Unterleib gestochen. Der Kommunist wurde schwerverletzt ins Krankenhaus geschafft. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der nationalsozialistische Mörder wurde nach vollbrachter Tat von der Bevölkerung so zugerufen, daß er ebenfalls ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Katholische Friedenswünsche

WTB. Berlin, 8. Nov. Auf der achten Reichstagung des Friedensbundes Deutscher Katholiken im Herrenhaus ergriffen nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden Dr. Gustav Suesten i. Westf., der als Zweck des Kongresses bezeichnete, durch innere Befriedung der Welt die im Februar 1932 stattfindende Abrüstungskonferenz vorzubereiten, Delegierte der ausländischen katholischen Friedensorganisationen das Wort. Drei französische Vertreter erklärten u. a., daß auch ihre Landsleute anerkennen müßten, daß der jetzige Friedensvertrag auf die Dauer unhaltbar sei. Hierauf sprach Bischof Dr. Schreiber über das Thema „Krieg und Frieden“. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die These, daß es auch einen gerechten Krieg gebe, nämlich den der Notwehr eines Staates gegen unbefugte Angriffe anderer Feinde. Allein jeder, selbst der gerechteste Krieg habe sozial-moralisches und materielles Elend im Gefolge, daß es Pflicht aller Menschen sei, sich für die Herbeiführung des Friedens unter den Nationen einzusetzen. Gewisse Bestimmungen des Völkerrechts ließen jedoch leider nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre keine Befriedung aufkommen. Die Aufrechterhaltung und Fortleitung der Kriegszustände bedeute eine ständige Bedrohung des Völkerfriedens. Unter das Vergangene müsse ein großer Strich des Vergessens und Vergessens gezogen werden und es müsse volle Gleichberechtigung aller Völker herrschen.

Skandalöse Volksverhetzung

Die Behauptung des Führer von der verbrannten Schmuggelware ein Schwindel

Die Pressestelle beim Badischen Staatsministerium teilt auf Grund eingehender Ermittlungen mit, daß die Meldung, in Gelsenkirchen seien in letzter Zeit Schmuggelwaren im Werte von 100 000 M verbrannt worden, unrichtig sei und daß in den letzten Wochen in dem Gebiet von Reddinghausen-Gelsenkirchen überhaupt keinerlei Verbrennung von Schmuggelware stattgefunden hat. Die gleiche Behauptung ist auf der üblichen Berliner Pressekonferenz von einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums getroffen worden, daß weder seitens der Zollbehörden noch der Polizei eine Verbrennung von Schmuggelware stattgefunden hat. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums unterstrich dabei, daß die Zollbehörden Anweisung bekommen haben, als Schmuggelware beschlagnahmte Lebensmittel auf keinen Fall zu vernichten, sondern zu versteigern. Damit sind alle an die Verbreitung der falschen Nachrichten geknüpften Kommentare hinfällig.

Würde es sich bei obiger Richtigstellung nur um die Berichtigung einer unrichtigen Meldung handeln, der jede Zeitung einmal zum Opfer fallen kann, so könnte man mit Still-

schweigen über diesen Vorfall hinweggehen. Bei diesem Fall handelt es sich jedoch um mehr. In einer mehr als marktschreierischen Weise hat das nationalsozialistische Organ von Karlsruhe diesen Vorfall über die ganze Seite seines Blattes aufgebaut und daraus eine skandalöse Hege abgeleitet. Auf diese Weise wurde und wird seit Jahren systematisch gegen Staat und Regierung gehetzt und im Volk ein Wirrwarr erzeugt, daß weite Volkskreise überhaupt nicht mehr wissen, wie sie dran sind und auf jede gemeine Lüge, die über die Regierungen der Republik ausgeprengt werden, hineinfallen. Dieser oben genannte Vorgang mit der Schmuggelware ist ein typischer Fall dafür, wie gegen die Regierung gehetzt wird. Wenn die Regierung sich nicht völlig um ihre Autorität bringen will, hat sie daher alle Ursache, gegen diese Aufbauschung unwahrer Tendenzbehauptungen einzuschreiten und Maßnahmen zu ergreifen, daß fürderhin solche Dinge unmöglich werden.

Die Kurfürstendamm-Krawalle

Das Urteil über Graf Helldorf u. Konsorten

Berlin, 7. Nov. In dem Prozeß wegen der Nazikrawalle am Kurfürstendamm am 12. September wurde heute nachmittags nach vierstündiger Beratung vom Schöffengericht Charlottenburg folgendes Urteil verkündet:

Die Angeklagten Graf Helldorf und Ernst werden unter Freiheitsstrafe von den übrigen Angeklagten wegen einfachen Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis, ferner wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 100 Mark, ersatzweise zu weiteren zehn Tagen Gefängnis.

Der Angeklagte Brandt wird wegen einfachen Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis, der Angeklagte Damerow zu drei Monaten Gefängnis, der Angeklagte Schulz zu vier Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten Sell, Saegemeister und Samerski werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Den Zeugen Deterding und Simon wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil gegen Helldorf und Ernst wegen der Beleidigung im Berliner Tageblatt und im Berliner Lokalanzeiger auf Kosten der Angeklagten zu veröffentlichen.

Auf Antrag der Verteidigung wurden die Angeklagten Graf Helldorf, Ernst und Brandt aus der Straftatlassen.

Die Begründung des Urteils leitete Landgerichtsdirektor Dr. Brennhausen mit der Bemerkung ein, daß für das Gericht selbstverständlich politische Gesichtspunkte von vornherein ausscheiden müßten. Die Zahl der Teilnehmer an den Krawallen habe wahrscheinlich 1500 betragen, von denen nach Helldorfs Schätzung, die als zutreffend anzunehmen sei, 500 Personen als Nationalsozialisten aus etwa zehn verschiedenen Stämmen gewesen seien. Nach der Überzeugung des Gerichtes sei der Plan im Laufe des 12. September entstanden und habe sich dann unter den Demonstranten herumgesprochen. Dann allerdings hätten die einzelnen Gruppen planmäßig gehandelt. In gewissem Sinne sei also die Sache organisiert gewesen. Das Ganze ein Plan des Oberführers gewesen sei, habe das Gericht nicht angenommen. Es sei also hauptsächlich den Anstößen der Angeklagten gefolgt. Häufelsführerschaft sei bei keinem der Angeklagten angenommen worden. Anbererheits sei aber ermittelt worden, daß sich die verurteilten Angeklagten des einfachen Landfriedensbruchs schuldig gemacht hätten.

Das obenstehende Urteil und seine Begründung stehen auf gleicher Stufe. Die Begründung folgt in fast allen Punkten den Ausreden der Angeklagten und ist in vielfacher Hinsicht mehr als ansehbar. Allerdings stellt das Gericht fest, daß die Planmäßigkeit des Pogroms durch die gründliche Beweisaufnahme als erwiesen anzusehen ist. Mit diesem geradezu erbitternden Urteil ergibt sich die beschämende Tatsache, daß die skrupellosen Anführer der verbrecherischen Aktion auf dem Kurfürstendamm, mehr als milde bestraft, frei herumlaufen können, während die Verführten als Opfer des revolutionären Hatentz-Aristokraten auf Monate und Jahre hinaus in den Gefängnissen sitzen. Aber bei den „gemeinen Kerls“ kam es ja auch nicht so genau darauf an; bei ihnen hat sich die Hitlerpartei mit zwei ungewandten Rechtsanwältinnen begnügt, während den diversen „Nafs“ drei Primadonnen der Verteidigerzunft zur Verfügung gestellt wurden. So steht die nationalsozialistische Manneuvre aus. Die Verhandlungsführung durch den Vorsitzenden war merkwürdig. So konnte es bei den Plädoyers der Verteidigung, vom Vorsitzenden ungerügt, geschehen, daß Herr Preitler, der mit hysterischen Gesten und unter ständigen Grimassen wie ein nicht mehr ganz auf der Höhe befindlicher Helbentenor sein Plädoyer herunterdonnerte, dem Staatsanwalt unverhüllt mit „Legalen Kackeften“ drohte. Derselbe Herr erklärte es für durchaus gerechtfertigt, daß die Juden auf dem Kurfürstendamm Ohrfeigen bekommen hätten und erlaubte sich, in der freiesten Weise die preussischen Polizeibehörden der Losspikelei zu verdächtigen. Beinahe ebenso unmanierlich wie sein indisziplinärer Kollege, dem Beherrschung völlig fremd zu sein scheint, benahm sich der Hitler-Intimus Franz II aus München, der in einer lächerlichen Fanfare u. a. erklärte, daß der Nationalsozialismus „die letzte Möglichkeit sei, das wahre deutsche Menschentum zu retten“. Herr Landgerichtsdirektor Brennhausen hörte sich das alles ruhig mit an. Aber was kann man anderes von einem Richter verlangen, unter dessen Projektilleitung selbst der preussische Innenminister ungeahndet mit Schmutz hemorfen werden kann. Ja, die deutsche Justiz...

Frankreich und die Krise

Berichterstattung François-Poncets

Paris, 8. Nov. Ministerpräsident Laval hatte heute nachmittags eine 1 1/2stündige Unterredung mit dem französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, der morgen von Außenminister Briand empfangen werden wird.

Radikalsozialisten und Verständigung

Paris, 8. Nov. (Eig. Bericht.) Der radikale Kongreß beschäftigte sich mit der außenpolitischen Haltung der Partei. Die Debatte wurde durch eine Rede des Vorsitzenden der Sitzung, Steeg, eingeleitet, der unter anderem betonte, daß die radikale Partei stets eine Partei des Friedens gewesen sei und sein werde und daß die drei Ausdrücke Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung nicht in einer bestimmten Reihenfolge nacheinander, sondern gemeinsam in die Tat umgesetzt werden müßten. Die Ausarbeitung des Vertrages war dem jungen Abg. Pierre Cot anvertraut worden. Pierre Cot beschäftigte sich zunächst mit der deutsch-französischen Wiedernäherung und erklärte, daß niemals ein Werk notwendiger gewesen sei als dieses. In der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Verwirrung Europas könne die Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands allein das Heil bringen. Sie sei aber nur in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Herabsetzung möglich. Es sei daher Pflicht aller Vertriebenen, die diese Wiedernäherung wünschten, sich jedes Wortes und jeder Geste zu enthalten, die diese Atmosphäre fördern könnten. Der Schluß des Berichtes beschäftigte sich mit der Revision der bestehenden Ver-

träge. Darüber heißt es: „Wenn eine solche Revision für die Organisation des Friedens und der wirtschaftlichen Ordnung notwendig ist, dann sagen wir „Ja“. Aber die Vertragsänderungen dürfen nur mit Zustimmung aller in Betracht kommenden Parteien vollzogen werden.“

Frankreich kauft 10 Prozent seiner Getreideeinfuhr in Südslavien

Belgrad, 8. Nov. Der französische Gesandte und Handelsminister Rumanudi unterzeichnete gestern ein Präferenzabkommen über französische Getreideeinfuhr aus Südslavien. Frankreich verpflichtet sich darin, 10 Prozent seiner Getreideeinfuhr von Jugoslawien zu kaufen, was ungefähr 15 000 Waggons entspricht.

Stilllegung statt Wirtschaftskurbelung

Die Stilllegung der Linoleumfabrik

D.3. Maximiliansau, 7. Nov. Die hiesige Linoleumfabrik beendet heute ihre Fabrikation. Einige Wochen dürften noch vergehen, bis die letzte fabrizierte Ware nach Trocknung und Nachbehandlung versandfertig ist. Alsdann erfolgt völlige Stilllegung. Gegenwärtig werden noch etwa 60 Arbeiter beschäftigt.

Was gebekkt man regierungsseitig gegen solche Zerförungs-politik zu tun?



Mütter! vergeßt nicht,

was ihr dem kapitalistischen System zu verdanken habt:

2 Millionen Tote im Weltkrieg! 5 Millionen Arbeitslose im Frieden!

Zum dreizehnten Male kehrt der 9. November wieder, an dem die Machthaber des kaiserlichen Deutschlands im Jahre 1918 sich feige verkrochen, jene Fürsten, Militaristen, „Wirtschaftsführer“ und „königlichen Kaufleute“, die heute ihre Zeit gekommen glauben, um von neuem ein Willkürregiment aufzurichten.

Fast scheint es so, als hätten Millionen Deutsche vergessen, wer die Schuldigen an unserem heutigen Elend sind. Fast scheint es so, als ob wirklich Millionen deutscher Staatsbürger die infamen Lügen, die jahrelang verbreitet wurden, für bare Münze nehmen.

Mütter! An euch, die ihr, selbst unterernährt, von Angst und Sorgen um das Schicksal eurer Männer und Söhne an der Front gequält, zu Hause in den Munitionfabriken 10, 12 und mehr Stunden Granaten gedreht und trotzdem euren geschwächten Kindern nicht das Lebensnotwendigste erarbeiten konntet, an euch ergeht der Ruf:

Wacht auf, vergeßt nicht!

Vergeßt nicht jene fürchterlichen viereinhalb Jahre, die dem deutschen Volk 2 Millionen seiner besten Söhne raubten und der gesamten Kulturwelt 11 Millionen Tote kosteten.

Mütter! Ihr könnt es nicht vergessen haben, wie ihr für jedes Gramm Butter, jede Kartoffel, jedes Stück Seife, jedes Lot Zucker, jede Scheibe Brot, für jeden Tropfen Sirup, jedes Ei, jeden Faden Zwirn, jedes Paar Schuhe, jeden Meter Kleiderstoff, jede einzelne Kohle mit euren Lebensmittel- und Ersatzkarten stundenlang anstehen mußtet, um froh zu sein, endlich die minderwertigsten Waren mit nach Hause zu bringen.

Frauen, ihr könnt es nicht vergessen haben, wie ihr auf die amtlichen Karten nicht mal die zugeteilten Rationen erhieltet.

Mütter, wißt ihr noch, wie ihr eure Kinder mit den berüchtigten Kohlrüben füttern mußtet? Habt ihr den Kohlrübenwinter 1917/18 vergessen?

Wißt ihr noch, wie euch die Schuhe und die Kleider am Leibe zerrissen und ihr in Holzpantinen und Kriegersatzstoffen herumleift?

Wißt ihr noch, wie man die Toten nicht einmal mehr mit Leintuch bekleiden konnte, wie man sie in Papier einhüllen mußte? Habt ihr das alles vergessen?

Wißt ihr noch, wie für die Kranken die bescheidensten Medikamente fehlten und für die Wunden das Verbandzeug?

Wißt ihr noch, mit welcher Angst ihr die Feldpostbriefe erwartetet? Ihr könnt es nicht vergessen haben, wie die Päckchen zurückkamen mit den kurzen inhaltschweren Aufdrucken der Regimenter „Verwundet“, „Vermißt“, „Gefallen“.

Wißt ihr noch, wie eure Siebzehnjährigen in die „Kluft“ gesteckt und in Viehwagen an die Front verladen wurden?

Mütter! Ihr müßt es noch wissen!

Wißt ihr noch, wie die Truppentransporte durch das Land donnerten? Wißt ihr aber auch noch, wie die Riesenzüge mit Schwerverwundeten und Kranken im Schneckentempo in die Heimat strebten?

Wißt ihr noch, wie eure Kinder ohne Väter aufwuchsen?

Wißt ihr noch, wie die meisten Schulen Lazarette waren?

Das könnt ihr nicht vergessen haben!

Wißt ihr aber auch noch, daß die Schwerindustrie sich ungeheure Vermögen durch Kriegslieferungen verdiente?

Wißt ihr, wie damals die Korruption und die Schieberei in Blüte stand? Wißt ihr, wer damals regierte? Das waren die Herren, die sich vor nun 12 Jahren feige verkrochen und deren Mordkolonnen heute täglich Deutschland terrorisieren.

Wißt ihr noch, wie dann Schluß war? Hohlwangig, hungrig, abgerissen, verlaust kamen eure Männer und Söhne zurück. Das können auch sie nicht vergessen haben. Die Häuser waren verfallen, die Geschäfte ohne Waren, die Eisenbahnen in unbeschreiblichem Zustand. Was nicht niet- und nagelfest war, verschwand. Alles gärte. Die Mark hatte schon den fünften Teil ihres Wertes eingebüßt. — Das war November 1918!

Wißt ihr das noch? — Als die Sozialdemokratie die Macht übernahm, war Deutschland ein Trümmerhaufen!

Das kann niemand vergessen haben!

Die 8-Millionen-Armee flutete zurück. 1 822 555 Tote waren draußen geblieben, 6 Millionen waren verwundet worden, 44 857 kamen nur noch mit einem Bein zurück, 20 952 nur mit einem Arm, 1269 fehlten beide Beine, 2903 Soldaten waren blind geschossen worden, 5427 Soldaten wurden ins Irrenhaus eingeliefert. 370 887 Frauen waren Witwen geworden, 917 890 Waisen schrien nach ihren Vätern, die in fremden Ländern irgendwo von einer Granate zerfetzt worden waren. Von denen, die glücklich dem Stahlbade entronnen, sind heute noch 736 900 ehemalige Frontsoldaten bis zu 100 Prozent erwerbsbeschränkt. — Habt ihr das alles vergessen?

Der Krieg wurde in anderer Form weitergeführt, erst als Inflation, dann als Deflation. Das sind die Leidensstationen, die dem Proletariat das Mark aus den Knochen sogen, während sich an Inflation und Deflation die Kapitalisten bereicherten.

Wer lag in den Schützengräben? Das Proletariat! Wer liegt heute auf dem Pflaster? Das Proletariat!

Mütter, habt ihr das alles vergessen? Das kann nicht sein! Erinnert eure Männer und Söhne, eure Brüder und Schwestern daran, vergeßt es nicht! Täglich, stündlich schreit es heraus:

Das habt ihr dem kapitalistischen System zu verdanken! Wollt ihr, daß es anders werde, dann tretet ein in die Front der deutschen Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratie hat dem deutschen Arbeiter alles erkämpft, was wert ist, verteidigt zu werden! Ihr verdankt das arbeitende Volk die staatsbürgerliche Freiheit, das Koalitionsrecht, das Tarifrecht, die Arbeitslosenversicherung und vieles andere mehr! **Mütter, Frauen, Männer! Vergeßt es nicht!**

Her zur Sozialdemokratie!

Freistaat Baden

Nationalsozialisten im Lichte ihrer Freunde

Stahlhelm und Landbündler in Thüringen plaudern aus

Eine dicke Freundschaft verbindet in Baden Stahlhelm und Landbund mit den Nationalsozialisten, so daß der Landbund in Baden deshalb bereits zur Selbstauflösung geschritten ist und sein Nichts den Nazis einverleibt hat. In anderen deutschen Ländern, in denen man die Nazis bereits praktisch am Werk gesehen, bzw. ihr völliges Verfallen hinsichtlich praktischen Staatsaufbaus festgestellt hat, denkt man in Stahlhelm- und Landbündlern allerdings anders als in Baden über die Nazis und es ist daher interessant, aus der letztwöchigen Sitzung des thüringischen Landtags folgende Feststellungen zu vernehmen:

Am Anschlag an die Kritik über die von Frid seinerzeit bestellten nationalsozialistischen Weimarer Polizeileiter, die jetzt von dem gegenwärtigen thüringischen Innenminister Kästner (Wirtschaftspartei) verurteilt wurden, betonte der dem Stahlhelm angehörende H. Böhle (Landbund), die Nationalsozialisten könnten offenbar nicht vermindern, daß heute aller Welt ersichtbar werde, wie wenig das stimmte, was sie seinerzeit von den „positiven“ nationalsozialistischen Leistungen in Thüringen überall ausposaunt hätten. Man sehe jetzt in ganz Deutschland, daß Thüringen auch ohne Unterstützung der Nationalsozialisten in Ruhe weiterregiert und dabei wertvolle Arbeit geleistet werden könne. Die Nationalsozialisten hätten sich so benommen, daß keiner anderen Partei mehr eine Zusammenarbeit mit ihnen zugemutet werden könnte. Großes Aufsehen erregte die Mitteilung Böhles, der selbst dem Stahlhelm angehört, daß ein nationalsozialistischer Geistlicher kürzlich in einer öffentlichen Verammlung in Ostburingen erklärt hat, er bitte den lieben Gott, ihm einen guten Hanf zu schenken, um damit die November- und Inflationsverbrechen aufzuhängen zu können. Andere nationalsozialistische Führer hätten klar und eindeutig ausgesprochen, daß Landvolkpartei und Deutsche Volkspartei ebenso sehr bekämpft werden müßten, wie der Marxismus.

Finanzminister Baum, der Führer des Landbundes, wandte sich gegen die Behauptung, der verlorbene Landbündler Höfer habe kurz vor seinem Tode die Politik seiner Parteigenossen mißbilligt. Minister Baum meinte dazu, nicht einmal vor dem Tode machten die Nationalsozialisten halt. Eine derartige Kampfesweise könne mit keinem parlamentarischen Ausdruck hinreichend gekennzeichnet werden. Ein solches Kampfmittel müsse eine Partei, die sie anwende, zugrunde richten.

So urteilen Rechtsparteien in Thüringen, nachdem sie die Nazis unter Frid an der „Arbeit“ gesehen haben. Ob man in anderen deutschen Ländern daraus lernt?

Der nationalsozialistische Alemanne verwarnt

Amlich wird mitgeteilt: Gegen das in Freiburg erscheinende nationalsozialistische Blatt Der Alemanne wurde wegen eines in Nr. 1 enthaltenen Artikels „Freiburger Schutzleute als Obdilebe“, der eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Polizei als einer Einrichtung des Staates darstellte, eine ausdrückliche Verwarnung ausgesprochen. Ein strafrechtliches Vorgehen bleibt hierdurch unberührt. Im Wiederholungsfall müßte zu einem Verbot der Zeitung geschritten werden.

Landesparteitag der Wirtschaftspartei Badens

Kastatt, 8. Nov. Hier fand gestern und heute der Landesparteitag der Wirtschaftspartei statt. In einer öffentlichen Verammlung am Samstag legte Reichstagsabgeordneter Dr. Wöffen die Gründe dar, die die Wirtschaftspartei im Reichstag bewegen haben, das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning abzulehnen. In einer vom Parteitag gefassten Entschließung wurde die Haltung der Reichstagsfraktion, die bekanntlich das Mißtrauensvotum gegen Brüning ablehnte, gebilligt, wobei es u. a. heißt: „Der Parteitag überzeuge sich, daß die Haltung der Reichstagsfraktion von der Rücksicht auf die weltwirtschaftliche, innerpolitische und die wirtschaftliche Gesamtlage vorgehrieben war. Der Parteitag erwartet, daß die Reichstagsfraktion ihre Bemühungen, bei der Reichsregierung eine Durchführung wirkungsvoller und sichtbarer Maßnahmen zur Behebung der schwer darüberliegenden Gesamtwirtschaft nachdrücklich fortsetzt. Aufgabe der Reichstagsfraktion wird es sein, darüber zu wachen, daß die Regierung ihre der Parteileitung gemachten Zusagen auch hält und baldigst durchführt.“

Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen. Die Minister der Finanzen und des Innern haben die Verordnung über den Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen erlassen. Danach erfolgt die Genehmigung und die Zurücknahme der Genehmigung aus dem Betrieb von Verordnungsstellen (§§ 5 und 16 der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen) durch den Minister der Finanzen im Benehmen mit dem Minister des Innern, für Unternehmen von Güterfernverkehr durch die Bezirksämter (Polizeibehörden).

Verkaufsscheine auf Schlachtviehmärkten. Nach einer Verordnung des Innenministers ist auf den Schlachtviehmärkten über den Verkauf ein Verkaufsschein nach dem von der Marktkommission vorgeschriebenen Muster durch den Verkäufer oder den von diesem Beauftragten auszufüllen. Der Verkaufsschein muß Name und Wohnort des Verkäufers und Käufers, den Tag des Geschäftschlusses sowie die erforderlichen Angaben über Anzahl, Art, Gewicht und vereinbarten Preis des Schlachtviehs enthalten. Er ist vom Verkäufer und Käufer zu unterzeichnen. Eine Fertigung des Verkaufsscheines ist der Marktkommission vorzulegen und von dieser in Verwahrung zu nehmen. Eine weitere Fertigung ist auf Verlangen dem Käufer auszubändigen.

Gründeschulen mit mittlerer Reife. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat nachstehenden nachstaatlichen Höheren Lehranstalten in jeberzeit widerprüfliche Weise das Recht zur Aufnahme des Zeugnisses der mittleren Reife verliehen: Landesoberrealschule in Sasbach, Höhere Privatschule Schloss Salem in Salem, Realhöheres Lehr- und Erziehungsinstitut St. Ursula in Freiburg, Höhere Privatschule Dr. Feilberg in Heidelberg, Pädagogium Dr. Wolf in Heidelberg-Neuenheim, Lehr- und Erziehungsinstitut am hl. Grab in Baden-Baden.

Fahrpreiserhöhungen für Kleingärtner. Die Deutsche Reichsbahn hat sich entschlossen, die höherrangige Fahrpreiserhöhung für Kleingärtner auch während der Wintermonate bestehen zu lassen. Bisher wurde die Tarifierhöhung, die schon vor Jahren eingeführt worden ist, nur während der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober gewährt, da im allgemeinen während der Wintermonate die Kleingärtnerzahl sehr gering ist.

Aus aller Welt

Chauffeurmord in Berlin

Im Norden Berlins wurde von einem Kraftfahrerschleifer im Nordpark ein verlassenes Kraftfahrzeug aufgefunden. Die sofort von ihm alarmierte Polizei fand in einem Wassergraben den 24-jährigen Chauffeur der Droschke mit eingeschlagenem Schädel tot auf. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte die Ermordung des 24 Jahre alten Droschkenchauffeurs Pohl in der Nacht zum Sonntag etwa gegen 12 Uhr erfolgt sein. Das es auf einen Raub abgesehen war, geht daraus hervor, daß dem ermordeten Pohl die Brieftasche fehlte. Viel Geld dürfte sie nicht enthalten haben. Einen Geldbeutel mit etwa 20 Mark Silbergeld haben die Täter nicht gefunden; er steckte noch in einer Tasche des Pohl. Vom Polizeipräsidenten ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Raubüberfall auf den Kassenboten Schöttler restlos aufgefährt

W. B. Bad Segeberg, 8. Nov. Die Untersuchungen über den Raub an dem Kassenboten Schöttler haben nunmehr nach der Verhaftung der Täter selbst auch zur Festnahme der vier Anstifter des Verbrechens geführt. Der Überfall auf den Kassenboten ist von ihnen planmäßig seit Oktober vorbereitet worden.

Ein französisches Luftschiff zerfließt

Paris, 8. Nov. Das lenkbare Luftschiff der französischen Flottenflottille Rochefort aeriell gestern auf einer Uebungsfahrt in einem Sturm. Ein Landungsversuch mißglückte, das Luftschiff verlor sich in den Ästen mehrerer Bäume und wurde vollkommen vernichtet. Zwei Mann der Besatzung wurden verletzt.

Furchtbare Tragödie einer Arbeiterfamilie

W. B. Vangerberg bei Gera, 8. Nov. Die Ehefrau des seit drei Jahren arbeitslosen Schlossers Reinhold Zerlich durchschnitt in einem Anfall geistiger Umarmung (!!) ihren drei Kindern im Alter von 4 bis 6 Jahren, während sie schlief, mit einem Bestechmesser den Hals. Auf die gleiche Weise verurteilte sie ihrem Leben ein Ende zu machen. Während die beiden jüngeren Knaben sofort tot waren, schrie das kleine Mädchen laut auf, wodurch der Ehemann, der ahnungslos in der Küche gemalt hatte, aufmerksam wurde und die furchtbare Bluttat entdeckte. Mutter und Kind wurden in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Stimmung gegen Bremen

Bremen, 7. Nov. Der erste Vorsitzende, der Leiter des Norddeutschen Lloyd, Geheimrat Dr. h. c. Stimming, der, wie gemeldet, vor einigen Tagen verunglückte, ist in der vergangenen Nacht einer Lungenembolie in Hamburg erlegen.

Politische Zusammenkünfte in London

London, 7. Nov. Bei einer Faschistenverammlung in einem Arbeiterviertel kam es gestern abend zu Zusammenstößen zwischen Schwarzheben und Kommunisten.

Drakonische Strafe

M. B. München, 8. Nov. Der Schnellrichter verurteilte gestern den 36-jährigen Anwalt, der am Freitag einen kommunistischen Demonstrationsszug von der Vorstadt nach der Innenstadt zu führen versuchte und eine Ansprache an die Demonstranten richtete, wegen Vergehens gegen die Ausschreitungsverordnung vom März 1931 zu sechs Monaten Gefängnis.

Auf der Straße überfallen

Florsheim, 7. Nov. Am Freitag abend begaben sich vier Mädchen aus Geiselsheim nach Baul. Überhalb Dillstein, auf halbem Wege nach Büdingen, wo die Mädchen wohnten, wurden sie von einem Manne angehalten, der ihnen eine brennende Taschenlampe entzogen und rief: „Geld heraus oder ich schieße!“ Er entließ einem Mädchen die Handtasche, in der sich ihr ganzer Wochenlohn befand, und schlugte unerkannt. Die Genbarmerie labndet eifrig nach dem Täter.

Partei-Nachrichten

„Sozialismus und geistige Lage der Gegenwart“ Dreiecksbericht im Rundfunk

Im Rahmen einer Vortragsreihe „Weltanschauung und Gegenwart“, die die Deutsche Welle für den Gemeinschaftsprogramm veranstaltet, findet am Dienstag, 10. November, 20.15-21 Uhr ein Dreiecksbericht statt mit dem Thema „Sozialismus und geistige Lage der Gegenwart“. Referent ist Professor Adolph. Korreferenten sind Prof. Tülich und Bendrit de Wan.

Wir weisen unsere Leser auf diese interessante und wichtige Rundfunkdarbietung hin, damit sie sie abhören können. Wenn möglich, empfiehlt es sich, Hörfunkanlagen ausbaldaten und über das Gehörte zu diskutieren.

Ein Spiegelbild der Reichstagsverhandlungen

Die Uebertragung der Reichstagsreden durch Rundfunk ist bedauerlicherweise am dem Widerstand der Deutschnationalen und Kommunisten gescheitert, obwohl sich Genosse Wöbe sehr dafür eingesetzt hat. D. W. B. und K. B. wissen, warum sie den Rundfunkhören die Widergabe vorenthalten wollen.

Ihr Widerstand soll ihnen diesmal jedoch nichts nutzen. Im Auftrag des Parteivorstandes ist soeben ein kleines Büchlein von 48 Seiten erschienen, das sich „Mitschrift aus dem Oktober-Reichstag 1931“ betitelt und für 20 Pf. in den Buchhandlungen erhältlich ist.

Diese interessante Schrift enthält genau nach dem amtlichen Stenogramm zitierte Stellen aus den Reden aller Parteiführungen, die markantesten Uebersetzungen der Partei- und Regierungsvertreter sind im Wortlaut, mit all den stenographisch aufgenommenen Zwischenrufen usw. aufgenommen und ergeben im gesamten ein höchst lebendiges Bild der Verhandlungen.

Soziale Rundschau

Söllingen. Um die von den Nöten unserer Zeit am härtesten Betroffenen im kommenden Winter vor der bittersten Not zu bewahren, hat sich dieser Tage unter dem Vorsitz des Bürgermeisters wiederum eine Notgemeinschaft gebildet. Vertreten sind neben dem Bürgermeister, Ratsherrn und einem Mitglied des Gemeinderats nahezu alle Berufsstände. Einmütig wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, kein Mittel zum Selbigen des Hilfswerkes unversucht zu lassen. Wie im vorigen Jahre soll insbesondere an die in festem Gehaltsverhältnis stehenden Mitbürger um laufende Beiträge der fünf Wintermonate November-März herangetreten werden. Wer niemand ist an diesem Hilfswerk ausgeschlossen, ob Arbeiter, Gewerbetreibender, Landwirt oder Beamter. Jede Gabe ist willkommen. Beim Bürgermeisteramt kann sich jedermann einschreiben. Und wir erwarten insbesondere auch von unseren Genossen, soweit sie in Arbeit stehen und ihre Verhältnisse es ihnen erlauben, eine etwas regere Anteilnahme als im letzten Jahre. In Zeiten der Not darf niemand zu Ausflüchten greifen. Wir müssen einfach bestehen: Die Not ist da. Wenn jemand am Ertrinken ist, so muß man zu seiner Rettung eintreten, das Opfer bringen, selbst ins

Schließung der Hochschulen in Warschau

Warschau, 7. Nov. Zu neuen Zusammenstößen zwischen jüdischen und polnisch-nationalen Studenten kam es heute in der Handelshochschule, die infolge dessen ebenso wie die Universität geschlossen werden mußte.

Im Seim verurteilten Rädner des Regierungsbüros, besonders der frühere Minister Niedzinski, die nationaldemokratische Hege auf das Nachrücklichte. Regierungseitig wurde erklärt, daß die Regierung keinesfalls Ausschreitungen und Ruhestörungen dulden werde.

Japanische Erklärung zur Mandschurei

Genf, 8. Nov. Der Vertreter Japans in Paris, Takizawa, hat den Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch gebeten, den Mitgliedern des Rates mitzuteilen, daß nach einem Telegramm seiner Regierung die japanischen Truppen den Vormarsch in der nördlichen Mandschurei nach der Besetzung Tachinas am 6. November eingestellt hätten.

London, 7. Nov. Reuters meldet aus Tokio, daß sich unter den bei den Kämpfen am Konni-Fluß getöteten 200 Chinesen auch die Leiche eines sowjetrussischen Offiziers befunden haben soll.

Revolutionsfeier in Moskau

M. B. Moskau, 8. Nov. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Zur Feier des 14. Jahrestages der Oktoberrevolution fand auf dem Roten Platz eine Parade der hiesigen Garnison statt. Sie wurde von Woroschiloff abgenommen, der eine Begrüßungsansprache hielt. Der Parade wohnten bei das diplomatische Korps und die Militärattachés der fremden Mächte. Im Anschluß an die Truppenparade erfolgten sich die Arbeitermassen der verschiedenen Stadtbezirke auf den Roten Platz und marschierten am Lenin-Mausoleum und an der Tribüne vorbei.

Weibliches Kanonenfutter und kommunistische Logik

Am 31. Oktober 1931 veröffentlichte die Berliner Rote Fahne ein Bild „Weibliches Kanonenfutter“. Es stellt junge chinesische Mädchen dar, die in zwei Reihen im Sportanzug nebeneinander marschieren — ganz offenbar zu einer Sportübung. Die Unterschrift lautet: „Chinesische Mädchen und Frauen werden von den Feldweibern des Verräters Tschankesfeld zum willfährigen Kanonenfutter gedrückt.“

Am Tage darauf, am 1. November, veröffentlicht die Rote Fahne wieder ein Bild. Es zeigt russische rote Militärs, die in Reih und Glied mit aufgefingtem Bajonett aufmarschiert ist. In den Reihen stehen sehr viele Frauen.

Ist dies auch weibliches Kanonenfutter? Im übrigen ist diese Inkongruenz nicht weiter verwunderlich bei der Roten Fahne. Tschankesfeld ist heute wieder „der Verräter“. Vor wenigen Tagen, als der chinesisch-japanische Konflikt sich zuspitzte, war er für die Rote Fahne plötzlich wieder zum chinesischen Nationalhelden geworden. Wir fragen nun: Wann wird die Rote Fahne das Bild „Weibliches Kanonenfutter Tschankesfelds“ wieder abdrucken, diesmal aber mit der Ueberschrift „Chinesische Freiheitskämpferinnen“?

Wasser zu spritzen; zum mindesten aber die Hand ihm reichen. Und wenn jemand am Verhungern ist, so darf man nicht mit leeren Händen kommen. Dem Hungernen ist weder mit schönen Worten noch mit Schimpfen über Kapitalismus oder hohe Gehälter und Pensionen gedient. Wenn sein muß: Das Wenige, das man hat, mit dem teilen, der gar nichts hat. Dies ist wahres Menschentum und gereicht auch schließlich einem Sozialdemokraten nicht zur Unehre. Wenn daher in nächster Zeit auch bei unseren Genossen vorgebracht wird, so hoffen wir auf freundliches Entgegenkommen.

Gymnastik- und Tanz-Abend Liesl Suhr

Frau Liesl Suhr besitzt in Karlsruhe unter dem schönen Gesicht eine sich andauernd vergrößernde Verehrerschaft. Donnerstags abend war der große Saal des Studentenhauses überfüllt. Liesl Suhr vermittelte tänzerische Darbietungen. Immer gefällig, sympathisch, nie übertrieben aufdringlich, ist die Künstlerin ihr Können. Die ausübende Arbeit von Frau Suhr trat mit ihren Schülerinnen ausgezeichnet in Erscheinung. Sie selbst blieb im Hintergrund und trat tänzerisch nicht auf. Einführend sprach sie in wohlgeformten und durchdachten Sätzen Beherzigenswertes über die Gymnastik, ein Gebiet, das in unserer Zeit in vielen Variationen seine Ausübung erfährt. Die Gymnastik soll in der Systematik keiner doktrinen Sklavensform unterworfen sein und lediglich Ausgleich schaffen zwischen den Funktionen der einzelnen Körperteile im täglichen Leben. Damit wird dann erst die Freude am Körper, an der sich selbst entwickelnde Bewegung gefördert.

Es war flog diese Sätze der praktischen Verlebung voranzustellen. In kleidamen farbigen Trikots illustrierten mit ausgezeichnet durchgeführten Gymnastikübungen die Damen Rosland, Angeheuer, Gräßer, Sauer, Leimbach und Böhringer das gesprochene Wort. Kräftig diese durchgebildeten Körper bei den Vorführungen bewundern zu dürfen. Jede Bewegung, jeder Schritt war so einfach, ungekünstelt, so sicher, daß über allem der herrliche Schimmer solchen Könnens und besaubernder Einfühlungsgabe lag.

Nicht zu übersehen, desent und wirklich anerkannterwert die tänzerischen Darbietungen. Kein Kunststanz, sondern gelöste, ungezwungene Formen. Ebenso war die Beleuchtung, wie auch die Kostümrage durchaus mit viel Geschmack gelöst. Es war wirklich köstlich, Silbe Seih und Koll Murr in kein abgemessenen Zusammenpiel über die Bretter schweben und springen zu sehen. Adrett und schmal der Freundschaftsmarsch. Sedi Schreiter und Koll Stetg hätten aber rubig noch ein Schuß gebannte Fortschritt mit hineinlegen können. Raffiniert Anja Guenzel im Tango. Saltuna, Schritt, Bewegung, alles eindringlich beherrscht darbieten, mit vornehmer Noblesse, ganz des Könnens sich bemußt. Sehr munter, burleskes frische Anni Angeheuer und Anja Guenzel in der Humoreske, der eine gesunde Stimmung innewohnte. Pitant Gretl Sauer im Scherzo. Viel Persönlichkeitswert enthielt der Zigeunertanz von Anja Guenzel. Jede Bewegung war Können, glänzend geformter Effekt. Besonders gracios der Puppenanzug von Anni Angeheuer. Prachtvoll das Kostüm. Goldig diese reizende Form der Darbietung. Eigenartig der Marsch von Ansel Warnecke, Gretl Sauer und Lotte Böhringer. Eigenartig die Kostümräume. Die musikalische Begleitung vermittelte einfühlsam Hermann Bischer, bei den Gymnastikübungen Terese Pfeuffer. — Der Abend war ein Gewinn und Erfolg. Die Anwesenden ließen es an Beifall nicht fehlen. Mit Recht. Schjz.

Gewerkschaftsbewegung

Gemeindefriedspruch abgelehnt

Der Vorstand des Gesamtverbandes hat, nachdem die Mehrzahl der Bezirkskonferenzen der Gemeindefriedspruch und kommunalen Straßenbahnen, die im Laufe der vergangenen Woche stattfanden, den Schiedspruch vom 1. November abgelehnt haben, nunmehr dem Reichsarbeitsministerium die Ablehnung des Spruches mitgeteilt. Auch der Reichsarbeitsgeberverband hat den Schiedspruch abgelehnt. — Die Parteien sind vom Ministerium für Montag nachmittag zu Nachverhandlungen eingeladen.

Wälzliche Gemeindearbeiter lehnen Schiedspruch ab

Kreisstadt a. d. S., 7. Nov. Eine hier abgehaltene Bezirkskonferenz der wälzlichen Gemeindearbeiter hat den Schiedspruch, wonach die Löhne um 4,5 Prozent gestürzt werden sollen, einstimmig abgelehnt.

Schiedspruch für die württembergische Metallindustrie

Stuttgart, 7. Nov. Der Schlichtungsausschuss Stuttgart hat nach einer außerordentlich bewagten Verhandlung für die württembergische Metallindustrie einen Lohnschiedspruch gefällt, der folgende Neuregelung vorsieht:

Die tariflichen Mindestlöhne verringern sich in allen Ortsgruppen um 5 Pfennig pro Stunde, im gleichen Verhältnis ändern sich auch die Affordläse. Die übrigen Bestimmungen des bisherigen Lohnabkommens, das erstmalig am 15. Februar 1932 gekündigt werden kann, bleiben in Kraft. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum 12. November.

Im Lohnkonflikt bei der Deutschen Reichsbahn nehmen die durch Schiedspruch vom 27. Oktober 1931 unterbrochenen Verhandlungen am Dienstag, 10. November, vormittags 10 Uhr, im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Schlichters Dr. Voetten ihren Fortgang.

4 1/2 Prozent — die neue Abbaulinie?

Man braucht kein Prophet zu sein, um den Verlauf der Lohnbewegung im Reich, in den Gemeinden, bei der Post und der Reichsbahn vorauszusagen. Für die Reichsarbeiter, für die Gemeinde- und die Postarbeiter liegen bereits Schiedsprüche vor. Sie lauten sämtlich: Lohnabbau um 4 1/2 Prozent. Diesen Abbau hat die Reichsbahnverwaltung akzeptiert. Ihr Wunsch ist anziehend höheren Orts Befehl. Beim Schiedspruch für die Postarbeiter kann man sogar bei genauerer Nachrechnung beobachten, daß kein Abbau auf Heller und Pfennig mit dem übereinstimmt, was die Reichsbahn fordert. Nun wird es auch klar, warum in diesem bei der Lohnregelung für Reich, Gemeinden, Post und Reichsbahn die Eisenbahner nach hinten rangiert wurden. Man wollte zunächst fertige Tatsachen schaffen, um der Reichsbahn ihren Willen zu erfüllen; denn sind erst einmal die Schiedsprüche für die Reichs-, Gemeinde- und Postarbeiter in Kraft, dann wird es für die Reichsbahnarbeiter sehr schwer, mit weniger als 4 1/2 Prozent Abbau durchzukommen. Die Hauptverantwortlichen für den Lohnabbau von 4 1/2 Prozent sind im Reichsfinanzministerium zu suchen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Reichsfinanzminister wenn für die Arbeiter des Reichs kein Tarifvertrag zustande kommt, auf Grund der Notverordnung vom Juni die vorgesehenen neuen Lohnsätze anordnen.

Alle von dem 4 1/2prozentigen Abbau betroffenen Arbeitergruppen: die Reichsarbeiter, die Gemeindearbeiter und die Postarbeiter und zwar aller Gewerkschaftsrichtungen sind sich einig im Protest gegen die ihnen zugemutete neue Kürzung der Brotkrumen. Trotzdem fürchten wir, daß nun auch bei den Verhandlungen der Eisenbahnarbeiter abermals ein Abbau von 4 1/2 Prozent herauskommt. Schon heute muß daher gesagt werden: mit einem solchen Ergebnis würde die Lage für die Eisenbahnarbeiter geradezu trostlos; denn sie stehen, alles in allem, noch schlechter als die Reichsarbeiter. Will die Reichsbahnverwaltung wirklich den Bogen überspannen? Von den 37 Millionen Mark, die sie mit dem von ihr geforderten Lohnabbau hereinholen will, hänet ihre Existenz nicht ab. Die Dinge liegen nicht so — trotz aller Kadenschläge, die auch die Reichsbahn infolge der Wirtschaftskrise auszuhalten hat. Wenn die Reichsbahn unbedingt diese 37 Millionen Mark haben muß, so kann sie diesen Betrag auf andere Weise hereinholen. Die Gewerkschaften haben ihr bereits deutlich genug gezeigt, wo unter Umständen namhafte Ersparnisse gemacht werden können. Man weiß, warum sich die Reichsbahnverwaltung gegenüber diesen Ersparnisvorschlägen so merkwürdig taub stellt. Diese Vorschläge wollen nicht nur unten, sondern auch oben sparen, und da setzt sich natürlich die Hauptverwaltungswirtschaft.

Bedenklich stimmt übrigens auch der Umstand, daß die Hauptverwaltung einen Abbau von 2, 3 und 4 Pfennigen und zwar bis zum Januar fordert. Bei solchen Sähen kommt man zu einer Gesamterparnis von fast 46 Millionen Mark. Will die Reichsbahn gar noch 10 Millionen Mark mehr herauszuschlagen und will sie etwa im Januar von neuem mit Abbauforderungen hervortreten? Der Krug geht so lang zum Brunnen, bis er bricht.

Weißbluten oder Waffenstillstand?

Verhandlungen in der Metallindustrie
In der Metallindustrie fanden dieser Tage zwischen den Gewerkschaften und dem Vorstand des Gesamtverbandes der Metallindustriellen bedeutende Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitfrage statt. Die Erörterung der Lohnfrage brachte, wie wir erfahren, keine Annäherung der Parteien, dagegen scheinen die Metallindustriellen sich in der Arbeitszeitfrage eines Besseren Besinnen zu wollen.

Der vom Deutschen Metallarbeiterverband in den Verhandlungen gemachte Arbeitszeitvorschlag stößt in der Forderung nach Einführung der Vierzigstundenswoche. Diese Forderung stieß bei der Gegenseite nicht auf direkte Ablehnung. Die Unternehmervertreter erklärten, es lasse sich über den Arbeitszeitvorschlag ernsthaft reden. Der Vorstand des Gesamtverbandes der Metallindustriellen werde sich schon in nächster Zeit mit ihm beschäftigen. Auf einer neuen Beratung könne dann evtl. auch noch bei anderen Streitfragen (Schlichtungswesen, Kälteverbot, Preisfestlegung der Waren des täglichen Bedarfs und Binnenmarktlöhne) ein Verhandlungsversuch gemacht werden.

Der Arbeitszeitvorschlag des DMAV bezieht im wesentlichen folgendes: es soll eine Vereinbarung getroffen werden, nach der die Vierzigstundenswoche als normale Arbeitszeit in der gegenwärtigen industriellen Entwicklung anerkannt werde. In einem Werk, wo noch länger als 40 Stunden gearbeitet werde, dürften vor einer Senkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden keine Entlassungen mehr vorgenommen werden. In Werken, wo bereits 40 Stunden oder gar

weniger gearbeitet werde, dürfe so lange keine Erhöhung der Arbeitszeit über 40 Stunden hinaus erfolgen, als noch Arbeitskräfte derselben Berufe in größerer Zahl arbeitslos seien. Beim Vorliegen einer solchen Vereinbarung würden die Gewerkschaften mit ihren Funktionären in den Betrieben dafür sorgen, daß bei notwendigen Arbeiten vorübergehend in der Frage der Ueberarbeit eine lokale Stellung eingenommen werde.

In der Lohnfrage forderten die Gewerkschaften einen Waffenstillstand. In der Metallindustrie habe bereits eine dreimalige Herabsetzung der Löhne (Tariflohn, Leistungszulagen, Afford) stattgefunden. Bei einer Arbeitszeit von durchschnittlich 39 Stunden sei der Verdienst ohnehin so gering, daß er unmöglich noch gekürzt werden könne.

Die Unternehmervertreter erklärten, die Metallindustrie könne ohne Senkung der Gestehungskosten nicht weiter existieren. Sie habe in der Gestehungskostenfrage leider nur Einfluß auf die Löhne. Für die durch Lohnsenkung ersparten Summen könnten sofort neue Arbeitsaufträge finanziert werden. Solche Aufträge seien durchaus notwendig, denn in der Maschinenindustrie seien die Anlagen keineswegs vollkommen auf der Höhe.

Aus den Darlegungen der Unternehmervertreter ging klar hervor, daß ihr Ziel in einer Senkung des Lohnes auf den Stand vom Jahre 1927 liegt. Nach ihrer Auffassung sind alle nach 1927 erfolgten Lohnerhöhungen unverantwortlich gewesen.

Man sieht: in der Lohnfrage sind die Metallindustriellen noch immer in ihren alten bekannten Gedankenengeln völlig festgefahren. Sie leben noch immer nicht, daß all ihre Klagen über die Höhe der Gestehungskosten nicht die Frage beantwortet, ob man den Arbeiter der Metallindustrie am Ende der Woche mit leeren Händen nach Hause gehen lassen soll? Bald ist es soweit. Der Tariflohn in der Metallindustrie gehört schon zu den schlechtesten Löhnen. Dazu kommt, daß eine Neuregelung der Arbeitszeit nicht mehr zu umgehen ist, wenn man die Arbeitslosenlöhne senken will. Das aber macht einen weiteren Lohnabbau vollends unmöglich.

All das ist in den Verhandlungen von den Gewerkschaften den Unternehmervertretern zu Gemüte geführt worden. Einstweilen ohne Erfolg. Einstweilen träumen noch die Metallindustriellen sogar von der Wiedereinführung des Lohnes von 1925. Es wird Zeit, daß diese Träumer gewakt werden.

Minister Stegerwald und die Opfergaben

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat auf der Reichsarbeitertagung des Zentrums gegenüber der Klasse der Arbeiterklasse, daß sie die größten Opfer aufgebracht bekommen, merkwürdige Anspielungen geäußert. Er erklärte: „Wenn man nur nach den Notverordnungen sehe, so ist es richtig, daß die Arbeiterklasse die größten Opfer gebracht habe; im ganzen gesehen, ist es jedoch anders. Die Löhne seien im letzten Jahr um etwa 2 Milliarden gekürzt worden, das Kapital der Aktiengesellschaften sei aber, wenn ganz ungeschminkt die Bilanz gezogen werde, von rund 24 Milliarden auf rund 10 Milliarden zusammengeschrumpft.“

Dazu bemerkt Der Deutsche, die führende Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften, also ein Organ, das dem Arbeitsminister nahe steht: „Hier laßt der Minister etwas, was die Arbeiter selbst noch nicht ausdenken wollen, mindestens stehen sie nicht die Konsequenzen daraus. Sie machen heute noch trampelhaft auf Grund der alten Weisheit ihre Selbstkostenrechnung auf. Im übrigen kann nach unserem Dafürhalten die Frage des größten Opfers nicht beantwortet werden, wie Stegerwald dieses versucht. Nach dieser Methode wäre es theoretisch möglich, daß, selbst wenn die Arbeitnehmer gar keinen Lohn mehr erhielten, die Aktiengesellschaften noch größere Opfer brächten. Mit Recht fragen die Arbeiter: Wer hat die härtesten Einbußen an Ernährung und Kleidung erdulden müssen? Wenn es um Leben und Sterben des deutschen Volkes geht, dann ist die Frage des größten Opfers mit dem Grade der Einbuße der Lebensmöglichkeit verbunden. Jede andere Betrachtungsweise können wir ab.“

Wir können dem Deutschen nur beipflichten. Der Reichsarbeitsminister kennt doch sicherlich die Geschichte von dem Scherlein der armen Witwe im Neuen Testament. Das Scherlein war ein größeres Opfer als die Gabe des Pharäers, der sich rühmte, daß er den zehnten Teil, von allem was er habe, gebe. Ans blint, daß auch die Opferarosehen der Arbeitnehmer denn doch etwas schwerer ins Gewicht fallen als die Opfer der Aktiengesellschaften. Aktiengesellschaften hungern und frieren nicht.

Aus der Stadt Durlach

Schweinemarkt am 7. November. Der Markt war befahren mit 92 Läuerschweinen und 134 Ferkelschweinen. Verkauf wurden 70 Läuerschweine und 134 Ferkelschweine. Preis per Paar Läuerschweine 18—24 M, Ferkelschweine 8—14 M.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ueber Osteuropa hat sich ein großes Hochdruckgebiet entwickelt, das die atlantischen Zyklogen am Vordringen nach Mitteleuropa vorüberhand hindert. Sie bleiben meist vor der englischen Westküste liegen und verhalten sich allmählich. Infolgedessen kam unter Gebiet bisher nicht in den Bereich ausgeprägter ozeanischer Luftmassen, so daß das Wetter zwar vielfach wolkig, neblig, aber doch trocken blieb. Die Temperaturen blieben sich relativ hoch. Eine Veränderung der Wetterlage ist heute noch nicht erkennbar.

Wetterausgaben für Dienstag, den 10. November 1931: Im wesentlichen Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstand des Rheins

Basel 20; Waldshut 214; Schutterinsel 74; Rehl 222; Marxau 391; Mannheim 268; Caub 183 Zentimeter.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

SW., Karlsruhe
Montag: Gemischt in der Sebeltschule, 8 Uhr.
Dereinsanzeiger
F. L. A. Jugend. Montag abend 8 Uhr Jugendversammlung in der Gambirusschule. 8237
Sängerbund Bormarts. Dienstag, den 10. und Freitag, den 13. November, von abends 7 Uhr ab, Kartenvorlauf an die Mitglieder im Vereinslokal Grünwald. 8236
Feiertheim. Naturfreunde. Heute abend 8 Uhr im Lokal zum „Rudolf“ Monatsversammlung mit Vortrag des Genossen Walter. Erscheinen ist Pflicht. 8235

Kleine bad. Chronik

Die Brandstiftung in der Saar

Bräunlingen (Amt Donaueschingen), 7. Nov. Heute früh 6 1/2 Uhr brach in dem Dekonomiehof des Landwirts Adolf G. ein großer gehörender Anwesen aus noch nicht geklärt Ursache Feuer aus. Das Anwesen, das einen Wert von 12 500 Mark betrug, brannte bis auf den Grund nieder. Das lebende Inventar konnte gerettet werden. Wegen Einsturzgefahr mußten die Nachbarhäuser geräumt werden. Die Ortsfeuerwehr von Bräunlingen konnte mit der Bekämpfung des Feuers fertig werden. Die Feuerwehr von Donaueschingen brauchte nicht mehr einzutreffen.

Wieder ein Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahn

SW., Laß, 7. Nov. Heute vormittag gegen 10 Uhr wurde beim Bahnübergang Hagenau der Lastauto der Edeta-Einbaufabrik Gesellschaft Freiburg (Breisgau) von dem 9,35 Uhr aus Durlach kommenden Personenzug erfaßt und etwa 100 Meter weit geschleift. Dem 39jährigen Chauffeur Adolf Held aus Freiburg wurde ins Kranenhaus Fahr verbracht. Die Trümmer des Lastkraftwagens bedeckten auf die Straße von 100 Meter den Bahnkörper. Die Schranken waren schnell geschlossen. Als der Personenzug den Schrankenwärter überrollte, forderte der Chauffeur die Schrankenwärter die Schranke wieder geöffnet haben soll. Nach der Lokomotive des Personenzuges wurde erheblich beschädigt.

23. Laß, 8. Nov. Zu dem Unfall am Samstag vormittag, das den Personenzug Nr. 943 Freiburg—Offenburg am Bahnübergang Hagenau in schwere Gefahr brachte, erfahren wir noch folgendes: Kurz vor Passieren dieses Zuges, der 8,29 Uhr den Bahnhof Durlach verließ, öffnete der Hilfschrankenwärter die Schranke, worauf der Lenker des aus Freiburg kommenden Lastkraftwagens IV B 14 325, der 39 Jahre alte Adolf Held, der auf der Fahrt nach Rehl begriffen war, den Bahnübergang passieren wollte. Im selben Augenblick brauste der Zug heran. Die Maschine erfaßte den schweren Lastkraftwagen und schleifte ihn 125 Meter auf der Bahnstrecke mit. Etwa 20 Meter unterhalb des Uebergangs wurde der Chauffeur aus dem Führerhaus geschleudert, der rechte Fuß wurde ihm oberhalb des Knöchels abgerissen und das linke Bein vollständig zermalmt. Der Personenzug wurde auf etwa 150 Meter zum Stillen gebracht. Das Personal leistete dem Verunglückten die erste Hilfe. Im Bezirkskrankenhaus Laß wurde der Verunglückte aufgenommen. Der Lastkraftwagen ist vollständig zerschmettert worden und die Schranke am Bahnübergang wurde abgerissen, auch die Lokomotive des Zuges wurde beschädigt. Staatsanwaltschaft und Erkennungsdienst aus Offenburg, sowie die Gendarmen Laß waren an der Unfallstelle. Es besteht Hoffnung, den Verunglückten, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, am Leben zu erhalten.

Schwellingen. Freitag nachmittag stieß auf der Straßenkreuzung Mühlens, Werder- und Gierstraße ein Motorradfahrer mit einem Personenzug zusammen. Das Kraftfahrzeug wurde dabei schwer beschädigt; der Fahrer erlitt eine Gehirnerschütterung. Die Schuld an dem Unfall hat der Motorradfahrer, der das Fahrrecht des Personenzuges nicht beachtete und in vollem Tempo auf die Hinterräder des Autos auftrieb.

Offersheim (bei Schwellingen). Auf der Waldorfer Straße, im unmittelbaren Nähe des Offersheimer Friedhofes, fuhr ein Mann mit einem Personenzug gegen einen Mann, überflügelt ihn und fuhr auf das angrenzende Feld. Die Insassen, zwei Kinder und ein Mann, erlitten nur leichte Verletzungen. Das Auto wurde abgeschleppt. Der Unfall ist auf eigenes Verschulden des Mannes zurückzuführen, der nicht aufgepaßt hat.

Reugenrieden (Amt Tauberhofsheim). Freitag nachmittag ist das Anwesen des Landwirts Rehn (Gothaus „Zum Hügel“) niedergebrannt. Fahrnisse und Vieh konnten gerettet werden. Das Feuer war in der Scheune, vermutlich durch Kurzschluss, entstanden.

Donaueschingen. Freitag mittag wurde der seit Montag vermisste Verwaltungsobersekretär Usbeck vom Personenzug Nr. 1000 erfaßt und dabei schwer verletzt. Er wurde in die Klinik von Donaueschingen, wo er sich nun erhebt, gebracht. Er hat in einem Unfall von Schwermut die Tat begangen. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Schönbühl (bei Tettnang). Hier explodierte in einem Personenzug ein Koffer. Der Lauf, von dem der Dedel in die Höhe geschleudert wurde, ist dabei völlig zerstört worden. Auch der Dedel wurde demoliert. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß sogar Doppelfenster in Eberden amogen und die ganze Küche einstrich. Die im Augenblick der Explosion in der Küche anwesenden Personen, der Hausbesitzer und zwei Kinder, mit schweren Verletzungen davonkommen. Dem Mann wurde der rechte Arm des Kopfes ins Gesicht geschleudert, während die beiden Kinder durch den gewaltigen Luftdruck zur Seite geworfen wurden.

Verammlung der Neuhäuserbürger

Sagelsfeld, 6. Nov. Die auf letzten Donnerstag einberufene Verammlung der Neuhäuserbürgervereinigung war gut besucht. Der Vorsitzende, Herr Bierle, eröffnete die Verammlung mit Begrüßungsworten und gab die Tagesordnung bekannt. Nach Abwicklung der Tagesordnungspunkte, die neben den Berichten über die Sitzungen der Ortsgruppenvertreter in Karlsruhe, noch die Regelung interner Angelegenheiten brachte, verbreitete der Vorsitzende über Dinge allgemeiner Natur. Es wurde mitgeteilt, daß alle Ortsgruppen getätigt wurden, nämlich Weilsch und Teufelshausen und Gröthausen. Weiter wurde die Verammlung unterrichtet über die unternommenen und noch zu unternehmenden Schritte seitens der Landesvereinigung bei den verschiedenen Behörden. Zum Ausdruck kam ferner, daß die Öffentlichkeit unterrichtet werden muß über die Ziele der Vereinigung, daß sie vor allen Dingen nicht gegen die Mieter und Mietervereinigungen gerichtet sind, sondern eine Interessengemeinschaft darstellt, anlangensgemeint durch die gemeinsame Not. Die zunehmende Not der Neuhäuserbürger trete immer trasser in Erscheinung und mache auch nicht halt vor den Bauernvereinigungen, die sich wohl oder übel mit uns ihrer Haut wehren müssen. Teils durch Arbeitslosigkeit sowie durch die gesunkenen Löhne und Gehälter usw. sind die Verhältnisse im Neuhäuserhaus sehr ungesund, das es zur Katastrophe kommen muß, wenn nicht Abhilfe schon darauf aufmerksam wird, beweist die Tatsache, daß auch die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei sich mit diesem Problem schon befaßt hat. Es ist zu hoffen, daß der Landtag sich dieser Sache annimmt.

Es kann der modernste Mantelstoff, der schönste Kleiderstoff, die weichfließendste Seide, der eleg. Samt sein. und doch **billig** sein. Wenn Sie bei uns kaufen!
Mehle & Schlegel
Waldstr. Ecke Amalienstr., neben Metzgerei Hensel
Das bekannte Stoffhaus der Neuhäuserstraße mit den Kleinstpreisen!

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

9. November.

1799 Napoleon stürzt Direktorium. — 1848 Robert Blum erschossen. — 1856 Cos. Uxor. Cabet (Marin). — 1918 Württemberg und Hessen Republik. — 1918 Revolution in Berlin. Proklamierung der Republik. Flucht der Hohenzollern. — 1923 Misserfolg des Münchener Putschs.

Katastrophengefindel am Werk!

Bereits am Sonntagabend und heute früh wird in der ganzen Stadt das Gerücht geflüchtet, den Reichspräsidenten habe der Schlag getroffen. Und kurz darauf konnte man bereits raunen hören, der Reichspräsident sei gestorben. Bei den Urhebern dieser Infamie scheint der Wunsch maßgebend gewesen zu sein. Offenbar ipeleulieren die — sicher nationalitätlichen — Erfinder und Verbreiter der gegen das Reichsoberhaupt gerichteten Infamie auf die blöde Gut- und Leichtgläubigkeit großer Volksschichten und sie freuen sich dann in ihrem politischen Sabotismus, wenn sie Aufregung verursachen konnten.

Es scheint aber noch eine Spekulation in anderer Beziehung beabsichtigt zu sein: die systematische Verbreitung solcher Gerüchte soll nämlich auch später praktiziert werden, um zu gewissen oder gegebenen Zeiten eine Panik hervorzurufen. Und Panikstimmung braucht das nationalitätliche Katastrophengefindel.

An den Gerüchten ist, wie uns auf Anfragen an zuverlässiger Stelle mitgeteilt worden ist, kein wahres Wort.

Revolutionsfeier

Eine feierlich gestimmte Gemeinde hatte sich Sonntag früh in dem großen Saal der Festhalle eingefunden, um in einer einfachschlichten Feier des Tages zu gedenken, an dem vor 13 Jahren ein altes, morales, absolutistisches Militärregime zusammenbrach und die deutsche demokratische Republik aus dem Trümmerhaufen entstand. Kein Fest und Jubeltag soll der alljährliche Erinnerungstag sein, denn noch ist die Revolution nicht beendet, noch dauert die vor 13 oder vor 17 oder vor noch mehr Jahren begonnene Umwälzung an, noch leben wir mitten darin in der revolutionären Umgestaltung der Welt, noch haben Demokratie und Sozialismus nicht den Sieg errungen, noch sind die Gegner und Feinde der Freiheit, der Demokratie und des Sozialismus zahlreich und stark. Aber dennoch war jener 9. November 1918 ein entscheidender weiterer Schritt auf dem Wege zur Neugestaltung und zum Neuaufbau Deutschlands, und deshalb ist es richtig und angebracht, wenn wir am Jahrestag jener historischen Stunde gedenken. Es ist ja leider nur die Sozialdemokratie, die jene Tage in Ehren hält. Das freiwirtschaftliche Bürgertum, die Demokraten in den bürgerlichen Parteien, die anlässlich auch für Freiheit und Gleichheit kämpfen, die auch die Republik als ihre ideale Staatsform beschließen, stehen abseits, sie haben kein Interesse, des Tages, der auch ihnen die Verwirklichung ihrer Forderungen brachte, zu gedenken.

Die Feier war in einem außerordentlich wirkungsvollen und feierlichen Rahmen aufgezogen; man darf die „Verantwortlichen“ hierfür herzlich beglückwünschen zu der gelungenen Programmgestaltung. Von der Galerie webten eine Anzahl rote Fahnen in den Saal. Den Auftakt gab unsere Arbeiterjugend, die unter Trommelwirbel unter dem Beifall der Versammlung in den Saal marschierte. Ihr folgte unter Fanfarenmusik das Reichsbanner, nicht minder freudig und herzlich begrüßt wie die Jugend.

Wichtig und wirkungsvoll leitete ein Sprecher der Arbeiterjugend die Feier ein. Eine Ansprache und ein Bekenntnis, die leidenschaftlich im Menschengeschrei in den Saal geschallten Worte: Brot und Arbeit! Freiheit und Frieden! Eine Steigerung dessen, was die Jugend gesprochen brachte der prächtige Chor der „Kassalla“, „Hymne an das Feuer“, unter Herrn Kuhns Leitung; bei diesem Anlass und in diesem Rahmen fast noch wichtiger wirkend wie beim Stillungsabend vor 8 Tagen. Das Harmonie-Orchester spielte unter Herrn Rudolfs sicherer Führung eine Ouvertüre von Carl Maria v. Weber; der Streichchor sang farbenprächtig zusammen.

Reichstagsabgeordneter Hr. Ulrich

aus Heilbronn eingefunden, Chefredakteur an unserem dortigen Parteiblatt, dem „Kardar-Echo“. Der Redner schilberte in plastischer Weise die Bedeutung des 9. November 1918 für die Entwicklung der deutschen Geschichte. Wir Sozialisten können mit einem Gefühl des Stolzes den Geburtstag der Republik begehen. Eine tiefe Kluft trennt uns von jenen, die wieder zurück wollen zum alten absolutistischen System, zur Monarchie. Der 9. November 1918 hat das deutsche Volk vor dem drohenden völligen Zusammenbruch gerettet. Gerade der deutschen Jugend müssen wir diese geschichtliche Tatsache in Herz und Hirn hämmern. Die sterbende Mutter Monarchie hat ihrer Tochter Republik eine geradezu trostlose Erbschaft hinterlassen. Es wäre vor 13 Jahren für die deutsche Sozialdemokratie lobnender und dankbarer gewesen, die Übernahme der Verantwortung abzulehnen und jenen den Wiederaufbau zu überlassen, die Schuld am Zusammenbruch waren. Der Dolchstoß ist die freiste Gesellschaftsfrage und die freiste Beteiligung der Kriegsteilnehmer und des ganzen damals hungernden und darbenenden Volkes. Es ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie und vor allem des ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, die deutsche Einheit über alle Stürme der Umwälzung und der Inflation hinweg gerettet zu haben. Es war eine große politische und nationale Tat, das schon im Januar 1919 eine deutsche Nationalversammlung zusammenzutreten konnte, die dem deutschen Volke eine neue Verfassung schenkte. Das Volk hat allerdings nicht verstanden, die in ihm die Hand negebene Waise der Demokratie richtig und zu ihrem Nutzen zu gebrauchen. Der Redner schilbert im Anschluss hieran den Kampf der Sozialdemokratie gegen den Nationalsozialismus und legt die Gründe dar, weshalb die Sozialdemokratie das Kabinett Brüning tolerieren musste. Drastisch meinte er unter Beifall, man könne den Teufel Brüning nicht mit den Besessenen Eugen und Hitler austreiben! Wir werden das Ergebnis des 9. November 1918, die deutsche Republik, mit Zähnen und Nägeln verteidigen, nicht weil wir in der heutigen Republik etwa einen anbetungswürdigen Götzen sehen, aber wir verteidigen die Republik und Demokratie, weil wir wissen, dass sie das Fundament ist, auf dem der Kampf um den Sozialismus und die Gleichheit werden wird. Wenn die Rechts- und Linksradikalen verschrien sollten, mit den Waffen der Gewalt die Republik zu vernichten, dann sind wir entschlossen, ihnen mit den gleichen Waffen und denselben Mitteln entgegenzutreten. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Faschistenputsch in Deutschland wird genau so scheitern

Urteil im Kathauschlacht-Prozess

„Mag das Urteil rechtskräftig werden oder nicht — das eine steht heute schon rechtskräftig fest: Die Kathauschlacht ist und bleibt ein Schandstück in der Geschichte des Karlsruher Stadtparlaments.“

Am Samstag mittag wurde folgendes Urteil gefällt:
Auf die Berufung der Angeklagten Böning (APD) und Streit (NSDAP) wird das Urteil des Schöffengerichts Karlsruhe vom 29. Juli dahin abgeändert, dass beide Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von je einem Monat verurteilt werden. (Vorher je 3 Monate.)

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wird das Urteil bezüglich des Angeklagten Stöckel (APD) dahin abgeändert, dass Stöckel wegen in Tateinheit begangenen Hausfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung zu 60 Mark (vorher 30 Mk.) Geldstrafe, ersatzweise 12 Tagen Gefängnis verurteilt wird.

Auf die Berufung des Nebenklägers Böning wird das Urteil bezüglich der Angeklagten Kramer, Nagel und Stöffler dahin abgeändert, dass diese Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt werden und zwar Kramer zu 200 Mark Geldstrafe (vorher 50 Mark), ersatzweise ein Monat Gefängnis, und Nagel und Stöffler zu je 50 Mark, ersatzweise je 10 Tagen Gefängnis.

Auf die Berufungen der Angeklagten Werle, Siebach und Schlimmer wird das Urteil dahin abgeändert, dass diese Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung mit je 50 Mark, ersatzweise je 10 Tagen Gefängnis (bisher 60 Mark) bestraft werden.
Beruhen werden die Berufungen der Angeklagten Kramer, Kiedner, Schindler, Kragus, Worch, Winter, Niedinger, Bauer, Hoffmann und Heimgann. Die Berufung Bönings bezüglich Kragus und Streit wird verworfen. Die Nebenklagen werden zurückgewiesen.

Begründung des Urteils

Der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann, führte u. a. aus:

Die Kathauschlacht ist ein Schandstück. Verletzungen verschiedenster Personen hat es gegeben, zum Teil waren sie recht erheblich. Beschädigungen von Gegenständen, von Stühlen, von Bänken, Bildern, Fenstern, Wänden, Leuchtblenden sind in großem Umfang erfolgt. Der Schaden beträgt über 2300 Mark und wenn getrennt der Herr Oberbürgermeister hier ausgeführt hat, dass der Schaden sich fast nur noch auf etwa 1100 Mark beläuft, so ist das darauf zurückzuführen, dass die Stadtgemeinde für die 62 zerlumerten Stühle nur Stühle mäßigeren Wertes anschaffte, so dass die Stadtkasse nur geringen Schaden erlitt. Die Angeklagten haben diesen Schaden nicht ersetzt. Die Angeklagten Böning und Streit haben diesen Schaden nicht ersetzt. Die Angeklagten Kramer, Nagel und Stöffler haben diesen Schaden nicht ersetzt. Die Angeklagten Werle, Siebach und Schlimmer haben diesen Schaden nicht ersetzt. Die Angeklagten Kramer, Kiedner, Schindler, Kragus, Worch, Winter, Niedinger, Bauer, Hoffmann und Heimgann haben diesen Schaden nicht ersetzt. Die Angeklagten Böning und Streit haben diesen Schaden nicht ersetzt. Die Angeklagten Kramer, Nagel und Stöffler haben diesen Schaden nicht ersetzt. Die Angeklagten Werle, Siebach und Schlimmer haben diesen Schaden nicht ersetzt.

Funktionär-Sitzung

In der Funktionärsitzung am letzten Montag wurde beschlossen, die Ansprache in einer weiteren Sitzung am Montag, 9. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus fortzusetzen. Die Vertrauensleute der Partei, sowie die Funktionäre der Gewerkschaften, Arbeiter-Sports- und Jugendvereine, soweit sie auf dem Boden der SPD. stehen, sind zu dieser Sitzung freundlich eingeladen.
Thema: „Arbeiterpresse“.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Mittel- und Südweststadt

Die am Mittwoch stattgefundene Bezirksversammlung war gut besucht. Genosse Stadtrat Töpfer sprach über „Die finanzielle Lage der Stadt Karlsruhe unter Auswirkung der Notverordnung“. Er schilderte die sehr ernste Lage der Gemeinden, insbesondere der Stadt Karlsruhe. Hinsichtlich der finanziellen Seite durch die schwere Wirtschaftskrise gehen die Steuern sehr spärlich ein. Die Ausgaben vom Reich sind auch sehr klein bemessen und neue Steuerquellen stehen nicht zur Verfügung. Auf der anderen Seite steigen die Ausgaben für die Fürsorge- und Volkshausverwaltung immer höher. Verschiedene geplante Arbeiten müssten zurückgestellt werden, infolge der Geldknappheit. Auf dem Unterhaltungssektor ist sehr schlecht Geld zu bekommen. Es ist der Stadt durch die Notverordnung nicht einmal möglich, bei ihrer eigenen Sparkasse Geld aufzunehmen ohne Genehmigung des Reiches. So kann die Stadt Karlsruhe eine halbe Million Mark weniger für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen, als im vorigen Jahre. Genosse Töpfer kam dann noch auf die Anordnung des Oberbürgermeisters zu sprechen bezüglich der Erhöhung der Bürgersteuer, wie auch der Getränkesteuer. Die Staffelung bei der Bürgersteuer ist eine unsoziale und fordert zu schärfstem Protest heraus. Es muss aber betont werden, dass die sozialdemokratische Reichsregierung daran keine Schuld trägt. In seinen weiteren Ausführungen gelangte der Referent noch, wie eng die Gemeindefiskalpolitik mit der Reichspolitik zusammenhängt.

Der Vortrag wurde sehr beifällig entgegengenommen. An der Ansprache beteiligten sich die Genossen Böhringer, Hofbein, Mitsch, Sitt und Volk. Besonders die Bürger- und Getränkesteuer spielten eine Rolle. Die unsoziale Staffelung wurde als

tuation, wie wir sie hier gehabt haben, und wer auf die Aufforderung des Verhandlungsleiters, des Oberbürgermeisters, nicht auf seinem Platz verbleibt und wer, trotzdem der Oberbürgermeister in unaufrichtiger Weise mit seiner Glode läutet und zur Ruhe und Ordnung verweist, wer dann nicht auf seinen Platz zurückgeht oder wer dann nicht den Saal verlässt, sondern sich in die Mitte des Saales begibt, nach vorne stürmt, der zeigt, dass er Angriffswille hat und er nicht der Angegriffene, sondern der Angreifer ist. Unter diesem Gesichtspunkt kann nur der Fall gemüht und beurteilt werden. Wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen, so ist die Beurteilung der meisten Angeklagten zu Recht erfolgt und sie können nicht den Strafausschließungsgrund der Notwehr für sich in Anspruch nehmen. Der ganze Kampf hat sich ja auch auf die beiden Parteien beschränkt. Nur die Nationalsozialisten und die Kommunisten waren beteiligt; von den übrigen Parteien hat sich niemand in den Streit eingemischt; sondern diese haben den Saal verlassen, was ihnen freistand. Sie konnten, wenn sie sich am Streit nicht beteiligen wollten, dem Streit entsagen und den Saal verlassen. Die Frage ist nun weiter die, wer hat nun eigentlich die ganze Unruhe hervorgerufen? Die Kommunisten ja, das von dem Angeklagten Kramer gebrauchte, für die Kommunisten und die ganze Partei tragendes schwere beleidigende Wort „Verbrechergesinde“ habe den ganzen Aufruhr hervorgerufen. Auf der anderen Seite wird von den Nationalsozialisten behauptet, es sei vorher der Ausbruch „Arbeitermörder“ oder „Arbeiterverräter“ gefallen und erst auf diesen selbstverständlich auch für die Nationalsozialistische Partei schwer beleidigenden Vorwurf habe der Angeklagte Kramer mit dem Wort „Verbrechergesinde“ reagiert. Wir haben durch die Bürgermeister Schneider und Kleinmeyer gehört, dass Böning zuerst an dem Platz des Oberbürgermeisters vorbeigekommen ist, ihm etwas zuriel und dann zu Kramer gelaufen ist. Nun ist aber der Angeklagte Böning mit erhobenem Haupte auf Kramer zugegangen. Es gab ein Hin und Her und in derselben Sekunde haben die Nationalsozialisten von ihren Plätzen auf, umringeln ihren Parteigenossen, um ihn, wie sie sagen, vor dem Angriff zu schützen. Der Angeklagte Streit hat von hinten einen Schlag mit dem Kopf über seine Parteigenossen hinweg gegen Böning getan und bei dieser Gelegenheit ihn am Kopf getroffen, so dass er blutete. Böning ist nun auf die Reihe der Zentrumsleute zu, hat einen Stuhl gefasst und hat draufgeschlagen. Dann entspann sich die Schlacht. Der weitere Verlauf im einzelnen ließ sich ebensowenig feststellen, wie das das Schöffengericht konnte. Böning und Streit waren als die Haupttäter zu betrachten. Wir kamen zu dem Ergebnis, dass die vom Schöffengericht gegen sie erkannten Strafen über das Ziel hinausschießen, wenn man den Angeklagten voll und ganz gerecht werden will. Man muß sich in die Situation der Angeklagten hineinsetzen, wenn man ein gerechtes Urteil fällen will. Man billigt Böning mildernde Umstände zu. Auch im Interesse einer ernstlichen und nachvollziehbaren Abschreckung stellt das Gericht eine Gefängnisstrafe von einem Monat für eine gebotene Sühne. Auch Streit wurden mildernde Umstände zugesprochen, weil er bisher unbestraft war. Bei Kramer war die Strafe zu gering. Er hat das Wort „Verbrechergesinde“ gebraucht und damit den Hauptanlass zu den Irrationen gegeben, die sich anschlossen, gegeben. Werle, Siebach und Schlimmer haben die Sachbeschädigung bestritten; man hat bei ihnen die Geldstrafe von 60 auf 50 Mark ermäßigt. Bezüglich der übrigen Angeklagten hat man sich der Auffassung des Schöffengerichts angeschlossen.

In seinem Schlusswort erklärte Landgerichtspräsident Dr. Rudmann:

Die Kathauschlacht ist und bleibt ein Schandstück in der Geschichte des Karlsruher Stadtparlaments.

ein großes Unrecht bezeichnet und die Anwesenden protestierten dagegen und verlangten, daß eine Veränderung vorgenommen wird. Nach einem Schlusswort, in dem Genosse Töpfer auf die in der Aussprache vorgebrachten Fragen einging, konnte gegen 10.30 Uhr die Versammlung geschlossen werden.

Alles in Dalles

Zeitgemäße Episoden der Kölner Komiker Schmidt-Wehweiler im Colosseum

Wer ist heute nicht „in Dalles“? Sparen und wieder sparen ist überall bestmögliche. Die Kölner Komiker sind durchaus aktuell. Sie haben gesunde Sinne für das im Volke augenblicklich Herrschende: Sparen, sparen, sparen! Aber zum Sparen muß man etwas haben. Und das hat die überwiegende Mehrzahl der Menschen heute nicht. Andere Kölner Darsteller ebenfalls nicht. Von den Arbeitslosen in dieser Sache ganz zu schweigen.

Es ist nicht ungeschickt zusammengestellt, was jetzt theatralische Verlebendigung im Colosseum erlebt. Die lustigen Pointen sind das Wichtigste. Von eigentlichem Inhalt darf man nicht reden. Die Rollen sind wieder auf die beiden Ehepaare Schmidt und Wehweiler abgestimmt. Grandios, wie hier mit der unheimlich besten Mimik und Schlagfertigkeit unterhaltsame Stunden der Komik und Heiterkeit geschaffen werden. Jede Nuance der Darstellung ist treffsicher, pikant und gewinnend. Recht nett eingepiekt auch die anderen Mitwirkenden. Niedlich froh Mimmi Erdmann. Unwirklich Lilly Werth als Amanda. So ein Gefell, wie die, läuft nun doch nicht in Naturgeschichte herum. Leben im Spiel Otto Ernst Steinbrecher. Etwas forscher Hans Thossen. Glaubwürdig Willy Held als Freischütz Dr. Krause. Charmant ist die ganze Sache mit zuträglichem Liebel und delikaten volkstümlichen Ausdrücken in die äußere Form des Kölner Dialekts gegossen.

Das Haus war ausverkauft. Glänzend amüsierten sich die Besucher. Es bräunte impulsiv manche Kopfplatte durch den Saal. Die Direktion des Colosseum hat mit diesem Programm eine glückliche Hand bewiesen.

Veranstaltungen

Alfred Goehn und Martha Weh-Wagener. Heute, Montag, den 9. November, gibt der beliebte Meister des Klaviers Alfred Goehn mit seiner Karlsruher Schülerin, Frau Weh-Wagener, einen Kammermusik-Abend auf zwei Pianos, der großes Interesse bei unserm musizierenden Publikum findet. Auf der Programmfolge stehen aber auch die beiden gewaltigen Werke dieser Musikgattung; die den Rahmen des möglichen sprengen zu wollen scheinen und bei ihrem Erscheinen als unspielbar gelten: die beiden Reger-Werte Op. 86 und 96. Das erstere, betrifft Introduction, Passacaglia und Fuge zeigt vorwiegend schmerzhaften und artistischen Ernst; man könnte es überschreiben mit „Entsetzen sollt da, sollt entbehren!“ In wohlthuendem Gegensatz zu diesem Raffinier stehen die an der Spitze des Abends stehenden Beethoven-Quartette. Das Thema dieser Reger-Quartette ist aus Beethovens Quartetten Op. 119 genommen und trägt ebenfalls diesen, freundlichen Charakter. Als Ausspannung zwischen den beiden gewaltigen Reger-Werten werden Alfred Goehn und Martha Weh-Wagener das 60. Wert von Mozart spielen: Sonate für eine Orgelwaise mit anschließendem Duettino concertante, beide Werke von Busoni für zwei Klaviere eingerichtet.

Das Erbe seiner Väter in Form schöner weißer Zähne kann man durch regelmäßiges Putzen mit Chlorodont-Zahnpaste bis ins hohe Alter erhalten. Sollen Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen, denn für das Erbe, was Sie besitzen, die Zähne, ist das Beste gerade gut genug.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Am Samstag nachmittag geriet in der Vorderstraße in Daxlanden der Führer eines Lieferwagens dadurch, daß er sich beim Ueberholen von einem Nebenwägen zu weit auf die linke Straßenseite begab, in Kollision mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Motorradfahrer. Dieser kam zu Fall und schürfte sich das linke Bein auf. Seine Maschine wurde stark beschädigt. Auch der Lieferwagen wurde erheblich beschädigt. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung. Hierzu wurden die beiden Fahrzeuge polizeilich sichergestellt.

In Durlach wurde am Sonntag mittig in der Eitlinger Straße ein 11 Jahre alter Junge von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Während der Junge und der Motorradfahrer mit unbedeutenden Hautabrisuren aus dem Unfall hervorgingen, erlitt der Sotusfahrer des Kraftfahrers erhebliche Schürfwunden im Gesicht und einen Sturzfuß an der rechten Kopffleite. Man brachte ihn nach dem Stadt Krankenhaus von wo er nach Behandlung wieder entlassen werden konnte. Nach den Feststellungen der Polizei dürfte der Unfall auf das unvorsichtige Verhalten des Schülers zurückzuführen sein.

Wegen erschwerter Körperverletzung

gelangten zur Anzeige: Ein angeblicher Kunstmaler, der am Sonntag abend in einer Wirtschaft in der Altstadt einem 48 Jahre alten Hausdiener von hier eine Mineralwasserflasche auf den Kopf schlug und ihn dabei erheblich verletzte, sowie die Ehefrau eines Kaufmanns, weil sie am Sonntag vormittag einen Kaufmann in der Altstadt mit einem Wasserprinkel mißhandelte und verletzte. Im ersten Falle wurde der Täter ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Diebstähle

Zwei Brüder im Alter von 11 und 13 Jahren befügten sich Samstag abend in dem Weßplatz hier als Taschendiebe, indem sie einem Mädchen aus Vietzheim aus der Handtasche den

Geldbeutel mit Inhalt entwendeten. Auf der Flucht konnten sie von Weßplatzern gefaßt werden. Einer der beiden hatte den Geldbeutel bereits in der Weßplatzstraße vergraben. Bei der polizeilichen Durchsuchung fanden sich in den Taschen der beiden Jünger noch einige Fingerringe von unbedeutendem Wert, die ebenfalls gestohlen sein dürften.

Vortrag für die Mitglieder des Bob. Kunstvereins und des Vereins bildender Künstler findet am Freitag, den 13. d. Mts. im Saale des Künstlerhauses ein Vortrag des Herrn Wolf Reiner über „Struktur und Altmannt-Riemenschneder“ bei freiem Eintritt statt.

Beierheim

Sozialdem. Partei. Am Mittwoch, 11. Nov., abends 8 Uhr, findet im „Beierheimer Hof“ eine Parteiverammlung statt. Reichstagsabgeordneter Gen. Marum spricht über: „Die Stellung unserer Partei zu den Leuten innen und außenpolitischen Ereignissen“. Wir bitten unsere Mitglieder und Volksgenossen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Heute Montag vormittag 8.30 Uhr beginnt unser großer Reste-Verkauf

Vorteilhafte Reste in Wäschestoffen

Strickwolle 50 Gramm 25,-
Sportwolle 50 Gramm 30,-

SCHMOLLER

AUFTAKT zu den FESTSPIELEN in den Bad. Lichtspielen KONZERTHAUS

Dienstag 20.30 Uhr Mittwoch 17 und 20.30 Uhr Donnerstag 17 und 20.30 Uhr

Jugend heraus!!

werbt für Euren Film:

„Wann wir schreiten Seit' an Seit'“

Dazu

Tiere sehen Dich an!

von Paul Eipper

Zwei Erstaufführungen!

Musikalien!

Vorverkauf: Müller, Kaiserstraße, Holzschuh, Werderstraße 48 und Büro-Klauprechtstraße 1.

Preise: -40,- -60,- -80,- 1,-, 1.40 Mk. Studierende, Schüler und Erwerbslose -30,- -40,- -50,- -70 Mk.

Nach Verzicht auf meine Zulassung beim Oberlandesgericht über ich die Rechtsanwaltspraxis beim Landgericht Karlsruhe und bei den Amtsgerichten aus.

Kanzlei: Hans-Sachs-Straße Nr. 1

Julius Wetzel
Rechtsanwalt.

Seegras-Matratzen aus reuchlosem Seegras schöner Dreifach 32.- 24.- 17.50

M. Kachur, Kaiserstr. 19

Staats-Lotterie

Die Erneuerungsfrist zur 2. Klasse der

38./204. Preuß.-Süddeutschen Klassen-Lotterie

läuft am 13. November 1931 ab. Bei der Erneuerung ist das Los der 1. Klasse vorzulegen.

Die staatlichen Lotterie-Einnahmen

Zwerg, Hebelstr. 11

Dr. Meyer, Waldstr. 38

Arbeiter! Werbt für eure Zeitung!

Badisches Landes-theater Montag, 9. Novemb. 8.30

Th. - Gem. III. S. - Or. 1. Hälfte

Schwengels Schwan von Fritz Peter Buch

Regie: Herz Wittwifende: Bertram, Ermarth, Frauendorf, Ginter, Rabemacher, Sellina, Albiner, Hart, Gule, Hebelien, Kitan, Brand, Gemmecke, Gelpach, Renscher, Dutber, Wehner, Müller, Brüder, Schöge, Gich, S. Müller, Kugel, Lindemann, G. Grödingen Grimm

Anfang 20 Uhr Ende nach 22 Uhr

Briefe A (0.60 - 3.50, 4.)

Die 10. 11. Zielland 2011. 11. Weing. Friedrich von Somburg, Do. 12. 11. Reichsdeutsche Frauenschaft: Die Wüste. Fr. 13. 11. Nina. So. 14. 11. Im weißen Rössl. So. 15. 11. Königreich Johann Strauß. Wds. Salome. Im Konzerthaus. Frauen haben das gern

Mantel für 12-jähr. Jungen Bill zu verkaufen. Angeb. unter Nr. 8239 an d. Volksfr.

Dr. Kinderbettstatt dunkel poliert, mit Holz aus erkalten zu verkaufen. St. 143. 21886



Ich brauche nur Hummels Rasiermesser Karl Hummel, Werderstr. 13

Amtliche Bekanntmachungen

Handelsregister-Einträge

1. G. Schreimüller & Co., Karlsruhe. Auf Änderung des Handelsgerichts Karlsruhe gemäß § 143 HGB. vom 28. September 1931 wurde der Eintrag vom 3. November 1930 über Änderung der bisherigen Einzelfirma Gesellschaft G. Schreimüller & Co. und Eintritt des Kaufmanns Carl Schreimüller in Karlsruhe als persönlich haftender Geschäftsführer in das Geschäft, beides mit Wirkung vom 1. Oktober 1930, von Amts wegen gelöscht. Die Firma ist erloschen. 4. XI. 31.
2. Emil Mos, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Elisabeth Hebelberger, Kontoristin, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Geschäftes bisher begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Uebernahme des Geschäftes durch Elisabeth Hebelberger abgeschlossen.
3. Adolf David, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.
4. Rehle & Schlegel, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Kaufmann Wilhelm Rehle, Ehefrau Anna geb. Wolf, Karlsruhe. Die Prokura der Frau Pauline Schlegel Witwe ist erloschen. Der Übergang der im Betriebe des Geschäftes bisher begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Uebernahme des Geschäftes durch Frau Anna Rehle abgeschlossen. 5. XI. 31.
5. Otto Weite, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Otto Weite, Kaufmann, Karlsruhe. (Tabakwaren Bahnhofstraße 46). 6. XI. 31.
6. Dalhofer & Hummel, Oststadt-Garage, Karlsruhe. Der Geschäftsführer Willi Hummel ist gestorben. An dessen Stelle ist die Witwe Kartha Hummel geb. Weite, Durlach als persönlich haftende Geschäftsführerin in das Geschäft eingetreten.
7. Ad. Otto Meyer, Hamburg mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe unter der Firma: Ad. Otto Meyer, Zweigniederlassung Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Januar 1927. Persönlich haftende Gesellschafter: Dr. Ing. e. h. Ernst Kubisa, Richard Adolf Schiele, Kaufmann und Ingenieur, Somburg, Friedrich Hermann Wittenburg, Kaufmann ebenda. Dem Oberingenieur Hugo Einowechter, Frankfurt a. M. ist unter Befugnisung auf den Betrieb der Zweigniederlassung Karlsruhe Einzelprokura erteilt. 7. XI. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge

1. Deutsche Michelin - Pneumatik - Aktiengesellschaft, Karlsruhe (Vogelstraße), wozu der Teil von Mainz verlegt wurde. Gegenstand des Unternehmens: Herstellung von Gummi und Kautschuk jeder Art, sowie von Gummi- und Kautschuk-Verarbeiten, insbesondere von Pneumatik jeder Art, sowie von Rädern, Radreifen und allen mit den genannten Waren in Zusammenhang stehenden Fabrikarbeiten in erster Linie nach den Michelin'schen Verfahren und auf Grund der dafür erworbenen Patente, sowie der Handel mit solchen Waren und alle damit zusammenhängende Geschäfte. Grundkapital 4.400.000 RM. Vorstand: André Wachter, Kaufmann, Mainz, Konstantin Engel, Wien, Ingenieur, Karlsruhe, Henri Benlentia, Kaufmann, Mainz, Gesamtprokurist: Egon Klinger, Kaufmann, Karlsruhe. Er tritt gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied vertreten. Der Aufsichtsrat kann einen Vorstandsmitglied die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten.
2. Berlin-Karlsruher Industrie-Werke Aktiengesellschaft in Berlin mit Zweigniederlassung in Karlsruhe. Die Prokura des Friedrich Derscheid ist erloschen. 5. XI. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Güterrechtsregister-Einträge

1. In Band II Seite 176: Bollmer Karl, Arbeiter, Hirschheim und Stefanie geb. Mayer. Vertrag vom 26. September 1931. Allgemeine Gütergemeinschaft mit Vorbehaltkauf der Frau.
2. Seite 177: Volmer Josef, Kaufmann, Karlsruhe und Anna geb. Grät. Vertrag vom 9. Oktober 1931. Gütertrennung. 5. XI. 1931.
3. Seite 178: Seidel Alfred, Gutmacher, Karlsruhe und Klara geb. Kure. Vertrag vom 7. Oktober 1931. Gütertrennung. 6. XI. 1931. Amtsgericht Karlsruhe.

Schlafdecken

Sorgen Sie jetzt für die kalte Jahreszeit!

Bei unseren Preisen können Sie kaufen!

Schlafdecke braun, mit heller Kante	1.95	Rein Kamelhaar-Schlafdecken	22.- 25.80
Schlafdecke Jacquardmuster	4.80	Stepdecken Satin, Rückseite Trikot	7.90
Kamelhaar-limit-Decke mit Grec-Rand	4.75	Stepdecken doppelt. Satin	9.50
Schlafdecke mit Bandelinsassung, mod. Dessins	6.90	Kunstseid.-Stepdeck. Rückseite Satin, verschied. Farben, volle Größe, gute Füllung	16.75
Schlafdecke kamelhaarfarbig Wolle	15.- 11.75	Kunstseid.-Stepdeck. Rückseite Satin, Schafwollfüllung	28.-
Schlafdecke reine Wolle naturfarbig	10.50	Daunendecken doppelseitig. Daunenfüllung	42.-
Jacq.-Schlafdecken Wolle, welche Qualitäten	12.50	Daunendecken 1 Seite Kunstseiden-Damast mit Einschlüsse Rückseite Satin	52.-

1 Posten eleganter Mohair-Divandeen besonders hochwertige Qualitäten 25.- 20.- 15.-

Während des ganzen Tages unterweist Sie eine Kunstgewerlerin in den beliebtesten Handarbeiten in der neuen Arbeitstecke in der I. Etage.

HERMANN

3. u. 4. Etage
Opulenz
in der I. Etage

Todes-Anzeige

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren innigstgeliebten Sohn und Bruder

Karl Echle

nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden Samstag morgen 1/8 Uhr im Alter von 25 1/2 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen
Karlsruhe, den 9. November 1931

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
In tiefem Schmerz:

Karl Echle und Frau
nebst Schwestern Marie und Mathilde.

Beerdigung: Dienstag vormittag 1/11 Uhr.
Trauerhaus: Gustav-Specht-Straße 9.

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe

Todes-Anzeige

Den Mitgliedern die Trauernachricht, daß unser langjähriger Genosse

Johann Haas

gestorben ist. Die Feuerbestattung findet heute nachmittag 1/2 Uhr statt und ersuchen wir um zahlreichere Beteiligung

Der Vorstand. 8247

Leinwand sind billig

Über 100 gut erhalt. Maß-Anzüge Mantel, Überz. b. 10.40 an in all. Gr. u. Farb. Job Geb. rad, Smoking- u. Kutabanzüge, Hosen, Joppen, neu u. gebr. in bill. Gelegenheitspreisen, neue, in Qualität.

Anzüge u. Mantel (ausgeb. billig) Säbingerstr. 53 a, II

Zimmerfugen

zu kaufen gesucht Schriftl. Angebote unter Z 1497 an d. Volksfr.

Grammophone

Tisch- u. Standapparate, neu u. gebr., zu Spottpreisen, od. geg. Waren-tausch (a. Lebensmittel) abzugeben. Besch. auch einige Gramm.-Karbidlampen (neu). Anfragen u. S 1499 an d. Volksfr.

Kastatter Anzeigen

Alleingarten-Verpachtung

Die Pächter für sämtliche hiesigen Alleingärten läuft am Martini ds. 30 ab und werden die Pächter auf weitere 3 Jahre verpachtet. Eine Kommission ist beauftragt, die Gärten zu begehren. Die Pächter haben an Ort und Stelle anzugeben, ob sie die Pacht zu erneuern wünschen. Bei Nichterscheinen wird angenommen, daß der Garten anderweitig verpachtet werden kann. Die Begehren findet jeweils nachmittags 2 Uhr statt und zwar

- a) am Dienstag, den 10. ds. Mts., mit Zusammenkunft Gde. Gärten- und Rechenstr. für die Gärten Köhler, Jahn und Scheitler
- b) am Mittwoch, den 11. ds. Mts., mit Zusammenkunft bei der neuen Wirtshaus für die Gärten an der Kurgasse, beim Heilerlazarett und hinter der Friedrichsstraße
- c) am Donnerstag, den 12. ds. Mts., mit Zusammenkunft bei Station 12, Villa Volga und Kumpelburg
- d) am Freitag, den 13. ds. Mts., mit Zusammenkunft bei der Eisenbahnbrücke für die Alleingärten des Schwabenturms und Friedhoflaboratoriums.

Die Vergebung der bei der Begehren teilnehmenden Gärten erfolgt nach der Nummerfolge.

Kastatt, den 6. November 1931.
Der Oberbürgermeister.